

Inhalt

Einleitung: Der 11. September und Geschlecht in den Medien | 9

I. Theorie: Krieg – Geschlecht – Medien | 33

1. Krieg und Frieden – feministische und genderbezogene Perspektiven | 33
 - 1.1 Die Anfänge: Frauenbewegung und feministische Friedensforschung – »Das Private ist politisch« | 36
 - 1.2 Theoriekritik: Internationale Beziehungen, Staat und Krieg – »Das Private ist international« | 44
2. Medien als ›Technologie‹ von Krieg und Geschlecht | 66

II. Methode: Geschlechterkonstruktionen in medialen Kriegsdiskursen erforschen | 71

1. Diskursanalyse als Modus der Kritik | 72
2. Operationalisierung: Deutungsmuster und Kollektivsymbolik | 77
3. Analyseschritte | 80

III. Die Deutung der Ereignisse im zeitlichen Verlauf: Der 11. September und der Krieg in Afghanistan in *Spiegel* und *FAZ* | 87

1. Strukturanalyse des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* | 88
 - 1.1 Auflagenstärke, Ausrichtung und Besonderheiten | 88
 - 1.2 Die formale Struktur: Ressorts, Textsorten, erste Ausgabe nach 9/11 | 93
 - 1.3 Inhalte, Themenschwerpunkte und Diskursverschränkungen im zeitlichen Verlauf | 95
2. Strukturanalyse der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* | 101
 - 2.1 Auflagenstärke, Ausrichtung und Besonderheiten | 101
 - 2.2 Die formale Struktur: Ressorts, Textsorten, erste Ausgabe nach 9/11 | 103
 - 2.3 Inhalte, Themenschwerpunkte und Diskursverschränkungen im zeitlichen Verlauf | 106

IV. Die Hauptakteure im Spiegel der Medien | 113

1. George W. Bush – zwischen ›Staatsmann‹ und ›Cowboy‹ | 113
 - 1.1 ›Reifepfprüfung‹ – Bush als »Staatsmann« und »Kriegsherr« | 113
 - 1.2 Die ersten Reaktionen in einer Grundschule in Florida – zu viel Gefühl | 120

- 1.3 ›Soziale Kompetenzen‹ –
Nationaler Tröster, Therapeut und Beschützer | 123
- 1.4 ›Charismatischer Führer‹ – Patriotismus, Pathos und Führungskraft | 125
- 1.5 ›Cowboy Bush‹ – Biblische Rache und Vergeltung | 129
- 1.6 Der Krieg in Afghanistan – Bomben als »Macho-Gehabe« | 132
- 1.7 Analyse: Maskuline Rationalität versus hypermaskuline Irrationalität –
Was einen (US-amerikanischen) Politiker auszeichnet | 137
- 2. Gerhard Schröder – »Zupack-Kanzler« und Wegbereiter | 145
 - 2.1 »Schritt in die erste Reihe« –
Schröder und Deutschland werden erwachsen | 146
 - 2.2 Das Verhältnis Deutschland – USA: nationsübergreifende
Solidarität, historisch gewachsene Freundschaft und Differenz | 152
 - 2.3 Emotionalität, Verständnis und Überzeugungskraft –
Anführer einer (kriegs-)verängstigten Nation | 157
 - 2.4 »Risiko Ja, Abenteuer Nein« –
Strategie der neuen deutschen Außenpolitik | 159
 - 2.5 »Moral statt Machiavelli« – Moralische Überlegenheit
und Wertegebundenheit deutscher Politik | 161
 - 2.6 »Kampf um die Kultur« – gewissenhafter Zweifler
und Verfechter von Diplomatie und Dialog | 162
 - 2.7 Von der Außen- zur Innenpolitik:
»Basta-Kanzler« oder ›gescheiterter Held‹? | 164
 - 2.8 Analyse: Moralität und Rationalität –
Was einen deutschen Politiker auszeichnet | 172
- 3. Joschka Fischer und Die Grünen – ›Helden‹ und ›Heulsusen‹ | 181
 - 3.1 Der grüne ›Krieg‹ um die reine Lehre | 181
 - 3.2 Joschka Fischer – ›Retter in der Not‹ | 183
 - 3.3 Irrationalität, Realitätsflucht und Gutmenschentum –
das grüne »Öko-Paradies« | 186
 - 3.4 Pure Emotionalität – Angst, Unsicherheit und Nervosität | 188
 - 3.5 Claudia Roth – »Mutter Beimer« und »Heulsuse« | 191
 - 3.6 Nach der Vertrauensfrage: Lernprozess gescheitert –
»Dinosaurier« und »Betonköpfe« an der Basis | 193
 - 3.7 Post-Petersberg: Das Ende des humanitären Argumentationsmusters? | 195
 - 3.8 Analyse: Maskulinisierung der Politik –
Feminisierung der Kritik | 199
- 4. Der deutsche Soldat – vom ›Sozialarbeiter in Uniform‹
zum ›Anti-Terror-Spezialisten‹ | 211
 - 4.1 Sicherheitspolitischer Paradigmenwechsel –
müssen deutsche Soldaten fortan kämpfen und schießen? | 212
 - 4.2 Generationenwechsel: Abschied vom
»guten alten Bundeswehrbeamten« – Willkommen KSK | 215
 - 4.3 Das KSK – internationale Elite
und »Deutschlands härteste Kampftruppe« | 221
 - 4.4 Kontrollierte Gewalt und *Just Warriors* –
»keine Rambos oder Selbstmörder« | 228
 - 4.5 Neue und alte Aufgabenfelder:
›Hit and run‹, Polizist im Ausland und Geiselnbefreier | 230

- 4.6 Soldatische Nebenrollen: Arzt, Therapeut und Feuerwehrmann | 234
- 4.7 Rechtliche und gesellschaftliche Bindung –
der ›Staatsbürger in Uniform‹ | 235
- 4.8 Verheiratet, heterosexuell, christlich – die soldatische Kleinfamilie | 237
- 4.9 Altbewährte Rollen: Friedensstifter,
humanitärer Helfer und Menschenrechtler | 238
- 4.10 Soldatinnen – nach dem 11. September eine Leerstelle | 241
- 4.11 Analyse: Der Bundeswehrsoldat – (k)ein Kämpfer? | 242
- 5. Feind-Bilder: Die Repräsentation des ›Terroristen‹ | 252
 - 5.1 Mohammed Atta und die Attentäter aus Deutschland –
›Fremde Nachbarn‹ | 252
 - 5.2 Osama Bin Laden – Mythos und ›Gesicht des Bösen‹ | 277
 - 5.3 Die Taliban – ›Primitive Tyrannei‹ | 295
 - 5.4 Analyse: Das neue Feindbild ›Terrorist‹ –
Neo-Orientalismus und hybride Monstrosität | 311
- 6. Die ›afghanische Frau‹ – Opfer patriarchaler Gewalt
und Leidtragende des Krieges | 334
 - 6.1 Die ›afghanische Frau‹ als Opfer männlich-patriarchaler Gewalt | 335
 - 6.2 Verschleiert und versklavt – die Burka als ›Gefängnis‹ | 338
 - 6.3 Opfer von Kriegsgewalt – ›FrauenundKinder‹,
Flüchtlingsfrau und Hungernde | 340
 - 6.4 Eine andere Rahmung des Flüchtlingsthemas –
›failed states‹ und ›Flüchtlingsströme‹ als Gefahr
für die internationale Politik (FAZ) | 344
 - 6.5 Zeichen der ›Befreiung‹ – Entschleierung und Bartrasur | 347
 - 6.6 Die ›afghanische Frau‹ als Symbol für Hoffnung,
Frieden und Neuanfang | 352
 - 6.7 Frauenrechte und Frauenförderung –
Zweck und Ziel der (deutschen) politischen Bemühungen | 356
 - 6.8 Politisch aktive Frauen – Petersberg-Delegierte,
Ministerin und RAWA-Frauenrechtlerin | 358
 - 6.9 Analyse: Die Repräsentation der ›afghanischen Frau‹ –
Opfer, Symbol und Kriegsargument | 366

V. Schlussbetrachtungen:

Konstruktionen von Geschlecht im ›Krieg gegen den Terror‹ | 389

- 1. Neue Kriege – neue Geschlechterkonstruktionen? | 390
- 2. Die Repräsentation der politischen Akteure in der Zusammenschau | 392
 - 2.1 Konkurrenz der Männlichkeiten und Unterordnung
des Weiblichen: Bush, Schröder, Fischer und die Grünen | 392
 - 2.2 Traditionen und Brüche: der Terrorist als neuer Akteur
auf der Bühne der internationalen Beziehungen | 398
 - 2.3 Personalisierung als Reduktion von Komplexität | 403
- 3. Geschlecht als symbolische Ressource I:
Die Konstruktionen kollektiver Identitäten – Freund- und Feindbilder | 404

- 3.1. Deutsche Identität I: Das Verhältnis zwischen Europa und den USA | 405
- 3.2 Deutsche Identität II: Neue ›Abendländischkeit‹
und die Wiederbelebung eines alten Feindbildes ›Islam‹ | 407
- 4. Geschlecht als symbolische Ressource II:
Die Legitimierung staatlicher und militärischer Gewalt | 412
 - 4.1 Neue ›Weltinnenpolitik‹ – innere und äußere Sicherheit
fallen zusammen | 412
 - 4.2 Innere Sicherheit: Verschärfung der Innen-,
Ausländer- und Asylpolitik | 414
 - 4.3 Remilitarisierung der Außenpolitik –
»Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt« | 418
 - 4.4 Die Rückkehr des soldatischen Kämpfers –
›postheroischer Heroismus‹ | 420
 - 4.5 Kriegslegitimierende Deutungsmuster –
Erwachsenwerden, Freundschaft und internationale Verantwortung | 429
 - 4.6 Von der ›humanitären Intervention‹ zur ›Verteidigung
der Sicherheit‹ – das Ende einer vertrauten Legitimationsfigur? | 433

Abbildungen | 441

Literatur | 443

Danksagung | 473

Einleitung: Der 11. September und Geschlecht in den Medien

»Die Geschichte Afghanistans zeigt: Reine Männerherrschaft deformiert eine Gesellschaft; Fundamentalismus lässt sich nur besiegen, wenn die Frauen gestärkt werden. [...] Alles Ambivalente und Abweichende geriet zur Bedrohung einer wackeligen, unreifen Männlichkeit, die sich nur über Kampf und Krieg zu stabilisieren wusste. Männer, denen andere Männer Verstand und Gefühle verschleiert haben, die um Leben, Lust und Glück betrogen wurden, können zu Killern werden, Opfer und Täter zugleich. Bomben auf zwei Beinen, jederzeit zur Explosion bereit.« (taz 29.11.2001)

»Männlicher Fanatismus, männlicher Frauenhass, männliche Destruktivität und männlicher Größenwahn, das ist das Fundament von Faschismus. [...] Was mit Frauen in Afghanistan und in anderen islamistischen Ländern geschieht, ist ein Verbrechen gegen die Menschheit. Es ist zu befürchten, dass die westliche Welt trotzdem bereit ist, diese Verbrechen gegen Frauen weiterhin als kulturelle Eigenart der islamistischen Männergesellschaft zu tolerieren. Letztlich aber führt die Versklavung der Frau und ihre Vertreibung aus der Öffentlichkeit in gesellschaftliche Katastrophen, die männliche Größenphantasien hervorbringen. Eine davon war der 11. September.« (taz 10.10.2001)

»Wer die Fernsehbilder von den feiernden Menschen in Kabul nach dem Abzug der Taliban gesehen hat – ich denke hier vor allen Dingen an die Bilder der Frauen, die sich endlich wieder frei auf den Straßen begegnen dürfen –, dem sollte es nicht schwer fallen, das Ergebnis der Militärschläge im Sinne der Menschen dort zu bewerten.« (Gerhard Schröder, zit.n. Frankfurter Rundschau 17.11.2001)

Fast elf Jahre ist es her, dass Selbstmordattentäter in New York und Washington verheerende Anschläge verübten. Die Attentäter hatten am 11. September 2001 mehrere voll besetzte Passagierflugzeuge entführt und zwei davon in das World Trade Center und eins in das Pentagon gelenkt. Die Ereignisse, bei denen das World Trade Center zum Einsturz gebracht und knapp 3.000 Menschen getötet wurden, gingen als »11. September« oder »9/11« – ohne Jahreszahl – in die Geschichte ein.

»Nichts wird mehr so sein, wie es war«, hieß es in den Tagen danach in Öffentlichkeit, Politik und Medien immer wieder. Diese lange Zeit dominante Interpreta-

tion der Ereignisse proklamierte eine tiefgreifende historische Zäsur und zeigt, wie sehr die Vorfälle als Erschütterung der gesellschaftlichen und politischen Ordnung wahrgenommen wurden. Die (westlichen) Medien riefen einen kriegerischen Ausnahmezustand aus und beschworen eine Stimmung von Chaos, Angst und eskalierender Gefahr. »Großer Gott, steh uns bei. Tausende Tote in Amerika! Die Welt in Angst! Gibt es Krieg?«, fragte die *Bild*-Zeitung (12.9.2001), und auf dem Titelcover des Nachrichtenmagazins *Der Spiegel* las man die Schlagzeile: »Der Terror-Angriff: Krieg im 21. Jahrhundert« (15.9.2001). Die Zeitschrift *Emma* hingegen überschrieb die erste Seite des auf den 11. September folgenden Heftes mit den Worten: »Terror: Männer, Männer, Männer« (6/2001).

Die Erinnerungen an die konkreten Geschehnisse sind mittlerweile in den Hintergrund getreten und werden höchstens zu den entsprechenden Jahrestagen in Medien und Politik, etwa durch Sondersendungen und Gedenkfeiern, wiederbelebt. Auch der ›Hauptfeind‹ Osama Bin Laden wurde im Mai 2011 gefasst und getötet. Das durch die Anschläge verursachte ›kollektive Trauma‹ der US-Nation und der verbündeten westlichen Länder scheint damit – fast genau 10 Jahre später – endgültig bewältigt. Die mit dem 11. September in Gang gesetzten Denk- und Handlungsmuster haben sich jedoch längst verselbständigt und hegemonialisiert. Die Wahrnehmung der Welt, die Logik der Politik und v.a. die Kategorien und das Selbstverständnis der internationalen, aber auch der deutschen Politik haben sich nachhaltig verschoben. Was unter Krieg und Frieden, unter Verteidigung und Sicherheit verstanden wird, hat sich ebenso verändert wie das individuelle, gesellschaftliche und staatliche Sicherheitsempfinden. Damit verbunden ist ein grundlegender Wandel der Einstellungsmuster in Bezug auf (sicherheits-)politisches Handeln, Kriegsführung und die Anwendung militärischer Gewalt. Innerhalb der deutschen Gesellschaft haben die Ereignisse des 11. September zu einer grundsätzlichen Akzeptanz militärischer Denk- und Handlungsmuster beigetragen. Der unmittelbar nach den Anschlägen ausgerufenen ›Krieg gegen den Terror‹ hat sich zu einer dauerhaften rhetorischen und politischen Legitimationsfigur entwickelt, die bis heute an Funktionalität für die Begründung militärischer und staatlich-repressiver Maßnahmen im Inneren nichts verloren hat.¹ Die konzeptionellen Veränderungen des Politischen sind jedoch nicht das Ergebnis der Anschläge selbst. Es sind vielmehr die politischen und militärischen Reaktionen auf die Ereignisse sowie deren Vermittlung in den und durch die Medien, die zu einem grundsätzlichen Wandel der Einstellungsmuster geführt haben. Die in den Medien nach dem 11. September angebotenen diskursiven Deutungen der Ereignisse haben dazu in entscheidender Weise beigetragen. Die vorliegende Arbeit geht diesen Deutungsmustern – aus einer Geschlechterperspektive – auf den Grund.

Gegenstand der Analyse sind die diskursiven Konstruktionen von Geschlecht in der Berichterstattung von *Spiegel* und *FAZ* über den 11. September 2001 und den Afghanistankrieg. Was denn ›Geschlecht‹ mit den dramatischen Ereignissen des 11. September zu tun habe, wurde ich während meiner Untersuchung oft skeptisch gefragt. Die medialen Diskussionen über ›Terror‹ und ›Krieg‹ gehen explizit und implizit mit binären Zuschreibungen und Vorstellungen von Männlichkeit und Weiblichkeit einher, war meine Antwort. Diese Bilder spielen wiederum für die Wahrnehmung, Erklärung und Bewertung der Ereignisse und der damit ver-

1 | In Deutschland setzte sich zeitweise die Bezeichnung »Kampf gegen den Terrorismus« oder »Anti-Terror-Kampf« bzw. »Anti-Terror-Krieg« durch.

bundenen politischen (kriegerischen) Handlungsoptionen eine zentrale Rolle. Geschlechterbilder verfügen über eine enorme ›symbolische Kraft‹ und sind in die dichotomen Freund-Feind-Konstruktionen, wie sie unmittelbar mit dem 11. September einsetzten, ebenso wie in die Legitimationszusammenhänge militärischer Gewaltausübung und Krieg eingelassen.

Diese Untersuchung unterscheidet sich damit von der mittlerweile kaum mehr zu überschauenden Menge an Publikationen zum 11. September in zweierlei grundlegender Hinsicht: Zum einen beschäftigt sie sich mit den medialen Artikulationen und Deutungen von ›Terror‹ und dem ›Krieg gegen den Terror‹ – nicht mit den Ereignissen und politischen Konsequenzen an sich. Zum anderen fragt sie nach den Geschlechterbildern, die mit den medialen Deutungen von ›Terror‹ und ›Krieg‹ einhergehen, also nach den geschlechtlichen Rollen- und Identitätszuschreibungen, Metaphern und Symboliken und ihrer Funktion.

Wie die feministische Forschung gezeigt hat, beruhen Vorstellungen und Strukturen von Staat, Krieg und internationaler Politik traditionell auf binären Geschlechterkonstruktionen, die sich im Wesentlichen auf die Stereotype ›kämpfender/aktiver Mann‹ und ›friedfertige/passive Frau‹ konzentrieren. Diese dominanten Identitäten erweisen sich zudem für die Begründung politischen Handelns als funktional und werden seit dem 19. Jahrhundert zur Vorbereitung oder während eines Krieges immer wieder gezielt mobilisiert und verstärkt, um staatliche und militärische Gewalt zu legitimieren (vgl. z.B. Wenk 2005a).

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts ist jedoch fraglich, ob die althergebrachten Stereotype noch zeitgemäß sind. Die Kategorie Geschlecht scheint als gesellschaftliches, hierarchisches Ordnungsprinzip vor dem Hintergrund rechtlicher Gleichstellung und der Öffnung (fast) aller gesellschaftlichen Bereiche für Frauen ihre Bedeutung zu verlieren. Seit dem 1. Januar 2001 haben Frauen auch in Deutschland uneingeschränkten Zugang zu einer der letzten ›männlichen Domänen‹, der Bundeswehr, und sind von Kampfeinsätzen (formal) nicht länger ausgeschlossen. Auf der anderen Seite ist das Bild des männlichen Kämpfers und Kriegers, der für sein Vaterland in die Schlacht zieht, in den westlichen Gesellschaften, insbesondere in Deutschland, mit Ende des Zweiten Weltkrieges in Verruf geraten. Der Typus des archaischen Kriegers wurde in das Modell einer modernen und rationalen Männlichkeit und Staatlichkeit überführt, die auf Kampf, Gewaltbereitschaft und Helden Tod vermeintlich verzichten kann. Nicht zuletzt bekräftigen auch die Anrufungen ›westlicher Werte‹ nach dem 11. September, auf die es die Angreifer vermeintlich abgesehen hatten, die Errungenschaften westlicher Freiheit und (Geschlechter-)Demokratie und suggerieren, dass es ›Rassen‹-, Klassen- und Geschlechterhierarchien ›bei uns‹ nicht mehr gibt. Es stellt sich also die Frage, ob mit den so genannten Neuen Kriegen und asymmetrischen Konflikten des 21. Jahrhunderts (vgl. Exkurs unten), zu denen auch Phänomene wie ›Terrorismus‹ und ›nicht-staatliche Angriffe‹ wie die Selbstmordattentate des 11. September gezählt werden, nicht auch neue Geschlechterkonstruktionen jenseits der Dichotomie ›kämpfender Mann‹ und ›friedfertige Frau‹ einhergehen.

Der funktionale Zusammenhang von Geschlecht, Krieg und Medien ist bislang von den (Politik-)Wissenschaften nur wenig beachtet und erforscht worden. So liegen zwar mittlerweile auch im deutschsprachigen Raum einige Arbeiten zum Zusammenhang von Geschlecht, Internationalen Beziehungen und Krieg vor, jedoch wird dieses Verhältnis nur selten in seiner medialen Vermittlung untersucht. An-

dererseits zeigen sich Arbeiten, die sich mit dem Zusammenhang von Medien und Krieg bzw. der legitimierenden Rolle von Medien in politischen und kriegerischen Kontexten beschäftigen, häufig blind gegenüber der Kategorie Geschlecht. Wissenschaftliche, politische und mediale Diskurse der internationalen Politik, insbesondere Kriegsdiskurse, sind jedoch mit binären Bildern von Männlichkeit und Weiblichkeit untrennbar verknüpft. Ein Beispiel ist Robert Kagans Vergleich von Europa und USA mit Venus und Mars im Vorfeld des jüngsten Irakkrieges, mit dem die Differenzen zwischen USA und Europa begrifflich gemacht und politisches Handeln erklärt wurde (vgl. Kagan 2002).² Eine Anti-Kriegs-Position wurde von ihm als »weichlich« und »weiblich« gekennzeichnet, eine Pro-Kriegs-Haltung hingegen als »stark« und »männlich«. Auch ein Blick in die internationalen Medien nach dem 11. September zeigt, dass sich in den Nachrichten und Reportagen durchgängig stereotype Geschlechterbilder und -rollen identifizieren lassen. So wurden die Anschläge insbesondere in der US-amerikanischen Presse als eine »männliche« Heldengeschichte über die tapferen New Yorker Feuerwehrmänner erzählt (vgl. Forster 2003; Lorber 2005). Frauen tauchten hingegen erst mit der Berichterstattung über den Afghanistankrieg auf: als »unterdrückte Muslimin« unter der Burka und Opfer von Krieg und Männergewalt. Vergeschlechtlichte Bilder und Zuschreibungen prägen jedoch nicht nur die Darstellung der individuellen Akteure; sie fließen auch in die kollektiven Identitätskonstruktionen ein und strukturieren Feindbilder ebenso wie Vorstellungen und Definitionen von Gemeinschaft und Nation, Sicherheit und Schutz, Sieg und Niederlage – und nicht zuletzt von »Terror« und »Krieg« selbst.³

Während im angloamerikanischen Raum bereits zahlreiche Untersuchungen zum 11. September und dem »War on Terror« in den Medien durchgeführt wurden, die Geschlecht explizit berücksichtigen oder zum Hauptfokus machen (z.B. Hunt/Rygiel 2006; Lorber 2005, Rodgers 2003, Drew 2003), stellt sich dies im deutschsprachigen Raum als auffällige Forschungslücke dar. Analysen, die die Berichterstattung über den 11. September und den »Krieg gegen den Terror« in Deutschland in Bezug auf Geschlechterkonstruktionen untersuchen, liegen bislang nur vereinzelt vor, zudem beschränken sich die Arbeiten häufig auf Teilaspekte wie z.B. die Instrumentalisierung von Frauen und Frauenrechten zur Begründung des Afghanistankrieges (z.B. Kassel 2004; Maier/Stegmann 2003; Klaus/Kassel 2003). Größer angelegte und systematische Untersuchungen fehlen jedoch. Das verwundert umso mehr, wenn man sich die Fülle an Publikationen anschaut, die mittlerweile zum Thema »11. September« und »Krieg gegen den Terror« vorliegt; hauptsächlich werden darin die besondere Wiedergabe der Ereignisse in den Medien (à la Hollywood und in »Echtzeit«), sowie die politischen Folgen und Konsequenzen des Terrorismus diskutiert.⁴

2 | Bekannt geworden ist v.a. sein Ausspruch: »Americans are from Mars and Europeans are from Venus: They agree on little and understand one another less and less.« (Kagan 2002; o.S.)

3 | So wird »Terror« mit (weiblich konnotierter) Irrationalität, »Krieg« hingegen mit (männlich konnotierter) Rationalität assoziiert. Mit den geschlechterstereotypen Zuschreibungen geht eine Aufwertung männlich kodierter Eigenschaften (Entschlossenheit, Mut, Tapferkeit, Rationalität, Vernunft, Stärke etc.) bei gleichzeitiger Abwertung der weiblich kodierten Eigenschaften (Irrationalität, Emotionalität, Unberechenbarkeit, Schwäche etc.) einher.

4 | Die Ereignisse des 11. September haben eine neue Grundsatzdebatte über die Rolle und Funktion von Medien und die Qualitätsstandards der journalistischen Informationsvermitt-

Meine Untersuchung wird zeigen, dass Geschlechterbilder bei der Wahrnehmung und Deutung von ›Terror‹ und ›Krieg gegen den Terror‹ eine zentrale Rolle spielen, die wiederum für die Begründung und (De-)Legitimierung politischen Handelns funktional ist. Die Konstruktionen binärer Geschlechtsidentitäten wie die ›unterdrückte afghanische Frau‹ und der ›heldenhafte westliche Retter‹ machten den Afghanistankrieg als einen ›gerechten Krieg‹ bzw. als eine humanitäre und zivilisatorische Aktion erklärbar und verliehen ihm eine moralische Legitimation. Aber auch die Ausdifferenzierung und Gegenüberstellung verschiedener Männlichkeitsbilder (z.B. ›rationaler‹ versus ›irrationaler Politiker‹, ›soldatischer Krieger‹ versus ›Retter von Frauen und Kindern‹, ›fanatischer Moslem‹ versus ›aufgeklärter moderner Mann‹) erwies sich als funktional, um vermeintliche kulturelle Differenzen zwischen ›Westen‹ und ›Islam‹, Europa und USA plausibel zu machen und das Handeln der jeweiligen Akteure zu begründen und zu bewerten.⁵ Darüber hinaus stellen Geschlechterbilder für die Selbstvergewisserungs- und Konstruktionsprozesse von Gemeinschaft und Nation sowie die damit einhergehenden Abgrenzungsprozesse gegenüber dem ›Anderen‹ eine zentrale Ressource dar.

Die mediale Verarbeitung des 11. September – ›Terror‹ und ›Krieg‹

›Terror‹ ist kein politisches Faktum, das von sich aus schon eindeutig wäre, wie die unterschiedlichen Auslegungen des Geschehens und seiner Hintergründe zeigen. Gesellschaftliche und diskursive Großereignisse⁶ wie Kriege, Katastrophen und eben auch der 11. September bringen gesellschaftliche Gewissheiten durcheinander. Sie verstören und irritieren die soziale, politische und symbolische Ordnung einer Gesellschaft und müssen mittels kommunikativer Praxen und Rituale ›verarbeitet‹ werden, um die aus den Fugen geratene Ordnung wieder herzustellen. »Terror« bringt »die symbolische Ordnung einer Gesellschaft [...] zum Einsturz« und »zerstört die [...] Erfahrung alltäglicher Normalität«, halten Ronald Hitzler und Jo Reichertz (2003: 8) einleitend in ihrem Buch »Irritierte Ordnung«, das sich mit der gesellschaftlichen Verarbeitung des 11. September beschäftigt, fest:

lung, insbesondere durch das Fernsehen, entzündet. Für viele Medienwissenschaftler_innen gilt der 11. September als Zäsur, der die Art und Weise der Berichterstattung nachhaltig verändert hat. Diskussionen und Kritik machen sich v.a. an der Dominanz und Macht des Bildlichen und der Manipulierbarkeit von Bildern und durch Bilder fest (vgl. Kap. I.2).

5 | In dieser Arbeit kommen vielfach einfache Anführungszeichen zum Einsatz, um spezifische (Geschlechter-)Konstruktionen und Deutungsmuster kenntlich zu machen. Auch schreibe ich z.B. der ›Westen‹ oder der ›Islam‹, um den Konstruktionscharakter der Aussagen deutlich zu machen, mit denen jeweils ein spezifisches *Bild* des Islams oder des Westens entworfen wird. Ich erhebe jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit, so wurde zu Gunsten einer besseren Lesbarkeit, an der einen oder anderen Stelle auf die Anführungsstriche verzichtet.

6 | Der 11. September stellt nicht nur ein gesellschaftliches, sondern auch ein ›diskursives (Groß-)Ereignis‹ dar, das die öffentliche und mediale Diskursproduktion stark anregt und eine Fülle von Aussagen und Deutungsmustern produziert. »Reale Ereignisse werden zu *diskursiven* Ereignissen, wo Ereignis- und Handlungszusammenhänge medial in Ereignisse transformiert und als ›außergewöhnlich‹ markiert werden. Sie binden öffentliche Aufmerksamkeit, weil sie *als Ereignisse* bestimmt und vom Fluss des sie umgebenden Geschehens abgegrenzt werden.« (Schwab-Trapp 2002: 63; Herv. i.O.; vgl. Kap. II.3)

»Deshalb muss *nach* dem Terror der Terror selbst gedeutet und in die symbolische Ordnung einer Gesellschaft eingearbeitet und eine neue Ordnung der Symbole errichtet werden. Zu diesem Zwecke stehen gesellschaftliche, meist medial gestützte Praktiken und Routinen zur Verfügung, die (historisch gewachsen) die Wiederherstellung einer neuen gesellschaftlichen Normalität ermöglichen.« (Ebd.)

Bereits die begriffliche Einordnung, die erste Benennung der Ereignisse, kann als ein erster Schritt verstanden werden, der schockierenden Ereignisse ›habhaft‹ zu werden, und sie in die symbolisch-diskursive Ordnung zu integrieren. »Terror« wird laut Hitzler und Reichertz zum »Masterframe« (ebd.), mit dem man sich die Geschehnisse verständlich macht.

Die Anschläge werden in den westlichen Öffentlichkeiten als ›Kriegserklärung‹, ›Zusammenprall der Kulturen‹, ›Angriff feiger Islamisten‹, ›erster Krieg des 21. Jahrhunderts‹, ›Kampf der Zivilisation gegen die Barbarei‹ oder ›Stunde Null einer neuen politischen Weltordnung‹ gedeutet – wesentlich seltener als Folge von westlichem Imperialismus und Kapitalismus. Je nach Deutung fällt dabei auch die Legitimität, die der Ausübung von Gewalt zugestanden wird, unterschiedlich aus. So stellen bereits die Topoi ›Terror‹ und ›Krieg gegen den Terror‹ – als die von George W. Bush unmittelbar nach den Anschlägen ausgerufene Antwort auf den ›Terror‹ – selbst spezifische Deutungsmuster dar, die über die Legitimität von Gewalt Auskunft geben. Während ›Terror‹ und ›Terrorismus‹ prinzipiell einen Bereich ›illegitimer‹ Gewalt und die Bedrohung der staatlichen Ordnung und Sicherheit symbolisieren, ist es bei einem Krieg, als einem rechtsstaatlich und völkerrechtlich anerkannten und regulierten Mittel der bewaffneten Konfliktaustragung zwischen Staaten, nicht von vornherein ausgeschlossen, dass er als gerechtfertigt und notwendig oder gar ›gerecht‹ erachtet wird – und damit prinzipiell legitim ist.⁷

Völkerrechtlich ist der Begriff ›Terror‹ bzw. ›Terrorismus‹ bis heute nicht eindeutig definiert, seine Auslegung, und damit die Bestimmung, wer als ›Terrorist‹ gilt und welche ›Terrorbekämpfungsmaßnahmen‹ als notwendig erachtet werden, wird jeweils von Fall zu Fall von den einzelnen Regierungen konkretisiert. ›Terror‹ gilt spätestens seit der Französischen Revolution und Herrschaft der Jakobiner (Terreur) als die Verbreitung von Angst und Schrecken mittels (rücksichtsloser) Androhung und Anwendung von Gewalt; und war damit ursprünglich ein Instrument des Staates gegen die eigenen Bürger_innen (Steinmetz 2001: 5f; vgl. Daase 2001).⁸ Heute wird der Begriff ›Terrorismus‹ jedoch v.a. als das Gegenteil staatlich-legitimer Gewalt und Angriff auf die staatliche Ordnung verstanden. »Eine der historischen

7 | Das Völkerrecht unterscheidet bewaffnete zwischenstaatliche Kriege von anderen Formen gewaltsamer Konfliktaustragung wie etwa innerstaatlichen Konflikten. Die Differenzierungen zwischen Angriff und Verteidigung sowie zwischen Kombattant_innen und Nichtkombattant_innen, und die damit verbundene Begrenzung der zulässigen Gewalt, bilden wesentliche Kriterien, an denen die Unterscheidung zwischen legitimen und illegitimen Kriegshandlungen festgemacht wird. Als nicht legitim im Sinne des Völkerrechts gelten z.B. staatliche Angriffskriege und Gewalt gegen Zivilist_innen.

8 | In der Arbeit wird der Unterstrich verwendet, um eine ›geschlechtergerechte‹ Sprache zu erreichen. Der Unterstrich verweist auf Subjektpositionen jenseits der heteronormativen Zweigeschlechtlichkeit, die durch die Lücke symbolisiert werden, z.B. Leser_innen, Journalist_innen.

Leistungen des Staates war die Externalisierung des Terrors«, wie Christoph Steinmetz (2001: 6) resümiert. ›Terror‹ bezeichnet heute im öffentlichen und politischen Diskurs eine grundsätzliche Bedrohung der staatlichen Ordnung, wird fast ausschließlich mit den (gewalttätigen) Protestformen nicht-staatlicher, oppositioneller Gruppen verknüpft und kann im Sinne der Legitimierung staatlicher (Gegen-)Gewalt nutzbar gemacht werden.

»Nach innen gerichtet dient die Bezeichnung der Gewalt als ›Terrorismus‹ der Identitätsstiftung und kollektiven Selbstvergewisserung, dass die Gewalt Unschuldige getroffen hat. [...] Gleichzeitig erwächst daraus eine Bekräftigung des staatlichen Gewaltmonopols sowie die Legitimierung staatlicher (Gegen)Gewalt bzw. präventiver Gewalt und repressiver Maßnahmen.« (Ebd.)

Auch im internationalen Kontext präsentieren Regierungen ›Terrorismus‹ stets nicht-staatliche Gewalt bzw. Bedrohung der staatlichen Ordnung. Regierungen erhalten selbst nur das ›Terror‹-Attribut, wenn ihre Legitimität ohnehin bestritten wird; ›Staatsterrorismus‹ wird angeblich nur von anderen ›Verbrecherregimen‹ gegen die dortigen Oppositionsbewegungen praktiziert (vgl. hier und im Folgenden ebd.: 6f). Letzten Endes ist der Begriff ›Terrorismus‹ ein Symbol des politischen Streits um die Legitimität von Gewaltanwendung. Er fungiert als Hilfsbegriff, um das politische Handeln der jeweils als ›Terroristen‹ Gekennzeichneten zu diskreditieren und das eigene Handeln als legitime Reaktion (und nicht Aktion) zu kennzeichnen. Damit wird zugleich der Anspruch bekräftigt, dass das staatliche Gewaltmonopol der Sicherheit der Bürger_innen diene und staatliche (Gegen-)Gewalt zu ihrem Schutz notwendig sei.

Nach dem 11. September wurde mit dem Begriff ›Terror(ismus)‹ ein Deutungsmuster und zugleich ein neues Feindbild für einen weltweiten und beliebig definierbaren Feldzug geschaffen: den ›Krieg gegen den internationalen Terrorismus‹, der zugleich außenpolitische (militärische) mit innenpolitischen (polizeilichen) Sanktionen verbindet. Ein wesentliches Moment dieses Feindbildes ist die Verknüpfung mit dem ›Islam‹ (s.u.). Die mutmaßlichen Täter und ihre Motive wurden bereits kurze Zeit nach den Anschlägen im Islam bzw. einem fundamentalistischen Islamismus verortet, Osama bin Laden als Drahtzieher und Kopf des international agierenden ›islam(ist)ischen Terrorismus‹ benannt und somit eine kategorische Gegenüberstellung zwischen dem ›Westen‹ und dem ›islamischen Anderen‹ erzeugt bzw. enorm verstärkt.

Geschlechterbilder im Diskurs über ›Terror‹ und ›War on Terror‹

In dem öffentlich-medialen Ringen um (Be-)Deutung wird notwendigerweise an bereits vorhandenes, historisch gewachsenes Wissen einer Gesellschaft angeknüpft. Der Rückgriff auf vertraute Denkschablonen und kategoriale Ordnungsmuster, Normen und Werte verspricht angesichts der beunruhigenden Geschehnisse Sicherheit und Stabilität. Eine dieser offenbar unerschütterlichen und haltgebenden Konstanten, die sich durch die mediale Darstellung der Anschläge und des ›Kriegs gegen den Terror‹ zieht, ist die explizite, v.a. aber implizite Bezugnahme auf Geschlecht und Geschlechterverhältnisse. In einer aus den Fugen geratenen Welt fungieren Geschlechterbilder als ›Kitt‹, der sie zusammenhält.

Häufig zu beobachten ist die Aktualisierung stereotyper Vorstellungen von ›friedfertiger Weiblichkeit‹ und ›gewaltbereiter Männlichkeit‹, wie sie z.B. mit dem

Titelbild der feministischen Zeitschrift *Emma* (6/2001) am plakativsten zum Ausdruck kommt (vgl. Abb. 1).

Abbildung 1: *Emma*, Heft 6, Nov./Dez. 2001



Das Bild zeigt den US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush, den damaligen deutschen Außenminister Joschka Fischer und den vermeintlichen Drahtzieher hinter den Anschlägen Osama Bin Laden unter der Überschrift »Terror. Männer Männer Männer«. Damit wird »Terror« als »Männersache« bzw. »patriarchales Wirkungsfeld« deklariert, während die im Hintergrund sichtbare, durch die Verschleierung als Frau assoziierte Gestalt mit der Dornenkrone pures – daraus resultierendes – Leid verkörpert. Innerhalb des Deutungsrahmens »Patriarchat« sind Täter- und Opferrolle eindeutig nach Geschlecht verteilt (Männer = Täter und Terroristen, Frauen = Opfer und Leidtragende) und beanspruchen universale Gültigkeit.

Diese Art der Problematisierung ist nicht auf die *Emma* beschränkt. Ähnliche Argumentationsmuster finden sich nicht nur in anderen explizit feministischen Stellungnahmen zum 11. September (vgl. dazu ausführlich Nachtigall/Dietrich 2003), sondern auch in den Massenmedien, wenn es um die Suche nach den Ursachen und Hintergründen des 11. September geht. »Terror« und Krieg werden – wie in den zum Einstieg gewählten Beispielen – eindimensional auf Sexismus und Patriarchat zurückgeführt. Die Geschlechterverhältnisse werden damit zum gesellschaftlichen »Hauptwiderspruch« erklärt und als Hauptursache komplexer gesellschaftlicher Macht- und Herrschaftsstrukturen begriffen. Männlicher Frauenhass, der wiederum kausal aus einer verunsicherten männlichen Psyche und/oder dem Islam abgeleitet wird, dient dabei nicht nur als Ausgangspunkt für die Erklärung gesellschaftlicher Missstände und Herrschaftsverhältnisse wie Faschismus und Frauenunterdrückung, sondern wird im konkreten Fall auch als Begründung für (männlichen) Terrorismus angeführt.⁹

9 | Diese Argumentationsweise birgt die Gefahr, Frauen pauschal als Opfer und Männer pauschal als Täter zu verorten, wobei Frauen qua Geschlecht von der Verantwortung für

Im Vorfeld und Verlauf des Afghanistankrieges, als dem ersten im Namen des ›Kriegs gegen den Terror‹ geführten Krieges, war darüber hinaus plötzlich quer durch die deutschsprachige und internationale Medienlandschaft von den durch die Taliban unterdrückten afghanischen Frauen die Rede – direkt oder indirekt verbunden mit dem Appell, die Afghaninnen von ihrem Leid zu erlösen. Das Thema ›Frauenrechte‹ und die Situation der afghanischen Frauen waren auf einmal in aller Munde. Hauptfokus bildete die Burka, die afghanische Form der Verschleierung, die als die schlimmste Form der Frauenverachtung und -unterdrückung interpretiert wurde. Gleichzeitig wurden Frauenfeindlichkeit, Entrechtung der Frau und Gewalt gegen Frauen als spezifisches Merkmal der ›islamischen Kultur‹ herausgestellt, wodurch die ›Barbarei‹ des Gegners ebenso wie die vermeintliche Unterlegenheit des ›Islams‹ gegenüber der ›westlich-abendländischen Kultur‹ begründet werden konnten. Der Krieg gegen die Taliban wurde im Gegenzug als ein ›gerechter Krieg‹ für die ›Befreiung‹ der ›unterdrückten muslimischen Frau‹ und ›Kampf für Frauenrechte und Demokratie‹ lesbar gemacht – bei gleichzeitiger Ignoranz gegenüber den afghanischen Frauen selbst. So erhielt kaum eine der afghanischen Frauen eine eigene Stimme in den Medien oder wurde zu ihren politischen Forderungen befragt.

Die symbolische Vereinnahmung der afghanischen Frau und des genuin feministischen Themas Frauenrechte spiegelt sich auch auf visueller Ebene wider. Nach dem Sturz des Talibanregimes zirkulierten zahlreiche Fotos von glücklich ›entschleierten‹ afghanischen Frauen in den Medien und verliehen dem Krieg rückwirkend einen besonderen humanitären Sinn und moralische Legitimität. Unmittelbar nach Ende des Krieges trat das Interesse an den Lebensbedingungen der afghanischen Frauen jedoch genauso schnell wieder in den Hintergrund, wie es aufgekommen war. Die Willensbekundung, Frauen in die politische Neugestaltung Afghanistans verstärkt einzubeziehen, entpuppte sich so als bloßes Lippenbekenntnis: Lediglich zwei der neuen Minister_innenposten wurden an Frauen vergeben; die vormalig in den Medien für ihren ›tapferen Widerstand‹ gegen die Taliban gelobten Frauenorganisationen wie die Gruppe RAWA (*Revolutionary Association of the Women of Afghanistan*) wurden zu den offiziellen Nachkriegs-Verhandlungen auf dem Petersberg noch nicht einmal eingeladen.

Konstruktionen des ›Eigenen‹ und des ›Fremden‹

Die mediale Verarbeitung des 11. September und des ›Kriegs gegen den Terror‹ ist untrennbar mit den Konstruktionsprozessen kollektiver (nationaler) Identitäten ver-

gesellschaftliche Missstände und Herrschaftsverhältnisse wie Rassismus, Nationalismus, Militarismus/Bellizismus, Faschismus und nun auch Terrorismus und Fundamentalismus ausgenommen werden (vgl. Marx 2002; Nachtigall/Dietrich 2003). Eine solche dichotome und essentialistische Sicht auf Geschlechterverhältnisse verunmöglicht zudem eine (herrschafts-)kritische feministische Debatte über Differenzen und Machtverhältnisse *zwischen* Frauen, die Beteiligung von Frauen an der Aufrechterhaltung von Herrschaftsstrukturen und das Zusammenwirken verschiedener Macht- und Unterdrückungsverhältnisse entlang der Kategorien Geschlecht, ›Rasse‹, Klasse etc. Der Unmut über die eindimensionale Argumentation von feministischer Seite einerseits und die – weitestgehend unwidersprochene – Instrumentalisierung ›feministischer‹ Argumente durch Politik und Medien zum Zwecke der Kriegslegitimierung andererseits haben einen wichtigen Anstoß gegeben, diese Phänomene weiter zu untersuchen und diese Arbeit zu schreiben.

bunden, wobei Vorstellungen des ›Eigenen‹ und des ›Fremden‹ (neu) entworfen, verhandelt und ausgelotet werden. Wie in kriegerischen Kontexten üblich, geht damit eine binäre Reduktion von Komplexität einher, in der es nur noch Schwarz und Weiß, Gut und Böse, Freund und Feind gibt. Die Berichterstattung über die Anschläge geht unmittelbar mit dem Entwurf eines neuen und zugleich altbekannten Feindbildes einher, in dem ›der Islam‹ als das ›Andere‹, das Böse schlechthin, als der ewige Feind des ›Westens‹ aufgerufen wird. Dies geschieht unter Rückgriff auf tief verankerte orientalistische, rassistische und anti-islamische Ressentiments und Feindbilder, wie sie z.B. während des Zweiten Golfkriegs populär waren.¹⁰

»Ganz ohne Frage ruht die mediale, mentale und öffentliche Verarbeitung der terroristischen Anschläge auf einem historisch gewachsenen Sockel anti-islamischer Feindbilder in der westlichen Welt. Sie bilden quasi eine Folie, vor der die mediale Verarbeitung des Afghanistankrieges einzelne Bruchstücke eines sowieso schon fest gefügten Bildes über den Islam aktualisiert.« (Becker 2003a: 16)

Das Feindbild ›Islam‹ wird jedoch seit dem 11. September in einen größeren globalen Kontext eingebettet – ›internationaler Terrorismus‹ – und um die Subjektposition des ›islamistischen Terroristen‹ und ›Schläfers‹ ergänzt. Häufig wird dabei zwischen Islam und Islamismus bzw. zwischen Religion und einem politischen Islamismus nicht unterschieden. Mit der Gegenüberstellung von ›unserer Zivilisation‹ und ›deren Barbarei‹ wird zugleich ein kolonialistisches und orientalistisches Deutungsmuster reproduziert, das bereits für die Legitimierung der kolonialen Eroberungskriege zentral war.

Die Konstruktion von Freund und Feind verläuft nach dem 11. September weniger entlang von Staaten, sondern entlang von ›Kulturen‹ bzw. ›Religionen‹. Zu den vorherrschenden Deutungsmustern, die Öffentlichkeit und Medien für die Wahrnehmung der Anschläge bzw. das Phänomen ›Terror‹ anbieten, gehört das eines religiös motivierten ›Kampfes der Kulturen‹ (vgl. Junge 2003). Dieser Lesart zufolge stehen sich in einer Weltordnung nach dem 11. September der ›zivilisierte, säkularisierte und moderne Westen‹ und der ›barbarische, ultra-religiöse und rückschrittliche Islam‹ als unvereinbare ›Kulturen‹ oder gar ›Welten‹ gegenüber, und werden wiederum mit spezifischen Wertvorstellungen wie ›Frauenemanzipation‹ versus ›Frauenfeindlichkeit‹ verknüpft. In diesem diskursiven Kontext wird der ›Krieg gegen den Terror‹ nicht nur als weltweiter Krieg zur ›Bekämpfung des internationalen Terrorismus‹, sondern auch als ›Krieg für westliche Werte‹ präsentiert. Tanja Maier und Hanno Balz definieren die Neuen Kriege deshalb als normativ aufgeladene »Identitätskriege«, in denen nicht nur das nationale Kollektiv konstruiert, sondern gleichzeitig eine kulturalistische Neuordnung der Welt entlang der Dichotomien ›Abendland‹/›Morgenland‹, Terrorismus/Demokratie, christlich/islamisch, säkular/fundamentalistisch, modern/rückständig etc. entworfen werde (Maier/Balz

10 | Fast alle Untersuchungen verorten den ›Aufschwung‹ des orientalistischen Feindbildes ›Islam‹ Anfang der 1990er Jahre, was v.a. auf die anti-islamische Berichterstattung im Zuge des Zweiten Golfkriegs 1990/91 zurückgeführt wird. Der 11. September wird dabei einhellig als Zäsur interpretiert, wodurch das Feindbild ›Islam‹ erneut deutlich an Bedeutung gewinnt (vgl. Weyland 2004; Ateş 2006; Becker 2003a; Hafez 2002; Schiffer 2005; Hippler/Lueg 2002, für ältere Untersuchungen zum Feindbild ›Islam‹ vgl. Gerhard/Link 1992; Link 1993).

2010: 81). Die alte bipolare und geografisch fixe Ordnung des Kalten Krieges wird damit in eine neuartige, kulturell-religiös begründete Weltordnung überführt (vgl. Junge 2003). Spezifisch für das Feindbild ›Islam‹ seit dem 11. September ist dabei, dass es die Grenzen zwischen einem ›sicheren Innen‹ und ›feindlichen Außen‹ ins Wanken bringt, denn der neue ›kulturelle Feind‹ kann sich hinter einem fremden Staat ebenso wie im Inneren der eigenen Gesellschaften verbergen.

Feindbildkonstruktionen lassen sich, wie konstruktivistische Ansätze argumentieren, immer auch auf die Konstruktion des Selbst zurückbeziehen. Sie sind konstitutiv für den Entwurf des ›Eigenen‹, das sich durch Abgrenzung definiert und die eigene Überlegenheit durch die Abwertung des ›Anderen‹ sichert. Freund- und Feindbildkonstruktionen lassen sich damit als wechselseitige, sich gegenseitig stützende und verstärkende Prozesse begreifen, in denen nicht nur das ›Andere‹, sondern auch das ›Eigene‹ explizit und implizit neu definiert und justiert werden. Berücksichtigt man Edward Saids Überlegungen zur westlichen Konstruktion des Orients (bekannt als *Orientalismus*), sowie das Konzept des *Kritischen Okzidentalismus* (vgl. Coronil 2002; Dietze 2006a) als (selbst-)kritische Erweiterung der Perspektive, muss v.a. nach den Funktionen der Repräsentationen von ›Andersheit‹, wie sie in den medialen Darstellungsweisen von ›Terror‹ und ›Terroristen‹ nach dem 11. September zum Tragen kommen, für das ›Eigene‹ gefragt werden. Vor diesem Hintergrund können die medialen Diskurse über den 11. September auch als »okzidentale Selbstvergewisserungen« (vgl. Brunner et al. 2009) und Neu-Auslotung und Bestimmung von »Abendländischkeit« (Dietze 2009: 24) begriffen werden.¹¹ Dabei kommt es nicht nur zur Konstruktion einer spezifisch ›westlich-abendländischen Identität‹ in Abgrenzung von ›dem Islam‹ und ›dem Orient‹, sondern auch zur (Neu-)Konstituierung einer spezifisch ›deutsch-europäischen Identität‹, die wahlweise in Übereinkunft mit oder in Abgrenzung von den USA entworfen wird. Explizit manifestieren sich die okzidentalen Selbstvergewisserungen beispielsweise in der betonten Artikulation ›westlicher Werte‹, die demonstrativ gegen den ›Islam‹ ins Feld geführt werden. In Abgrenzung zu ›dem Islam‹ stellt sich ›der Westen‹ – insbesondere Europa und Deutschland, die im Vergleich mit den USA häufig als der ›bessere Westen‹ imaginiert werden – als aufgeklärt, säkular, rational, zivilisiert und emanzipiert dar. Neben dem symbolischen Distinktionsgewinn übernehmen Feindbildkonstruktionen häufig systemstabilisierende und herrschaftslegitimierende Funktionen: In den Diskursen über den 11. September suggeriert ›Islam‹ eine innere wie äußere ›Gefahr‹ und lässt den ›Schutz‹ seitens des Staates und ein ›hartes Durchgreifen‹ zwingend erforderlich erscheinen.

Forschungsleitend für meine Untersuchung ist die These, dass Geschlechterbilder im Zusammenhang mit den kollektiven Identitätskonstruktionen eine zentrale *symbolische Ressource* darstellen, die die diskursiven hierarchisierenden Grenzziehungsprozesse zwischen ›Eigenem‹ und ›Fremdem‹, Freund und Feind, noch

11 | Dietze konkretisiert das Okzidentalismus-Konzept entsprechend als eine »teils bewusste und teils im kollektiven Unbewussten stattfindende Referenz auf ›Abendländischkeit‹ der ›abstammungsdeutschen‹ Mehrheitsgesellschaft als ›überlegene‹ Kultur« (Dietze 2009: 24), die sich primär über eine Rhetorik der ›Emanzipation‹ und Aufklärung artikuliert. Dietze zufolge kommt es nach dem 11. September zu einer Wiederbelebung der Orient/Okzident-Binarität, wobei ›Okzidentalität‹ zur neuen ›Leitdifferenz‹ der europäischen, insbesondere deutschen Einwanderungsgesellschaften geworden ist (ebd.).

verschärfen und verstärken. So stellt beispielsweise die Skandalisierung der ›islamischen Geschlechterordnung‹ bzw. die vermeintliche Frauenfeindlichkeit des Islams eine besonders vordergründige Diskursfigur dar, auf die im Rahmen der Feindbildkonstruktion regelmäßig zurückgegriffen wird und anhand derer die vermeintliche Differenz zwischen ›Islam‹ und ›Westen‹ dramatisiert wird. Besonders die stereotypen Bilder des ›frauenfeindlichen Terroristen‹ und der ›verschleierte muslimischen Frau‹ werden in die Prozesse der symbolischen Selbstvergewisserung eingebunden. ›Westlich-abendländische Identität‹ konstituierte sich entlang der Bereiche Fortschritt, Säkularität und Modernität, die wiederum anhand der ›Emanzipation der Frau‹ und der ›Gewährleistung von Frauenrechten‹ konkretisiert wird. Gewalt gegen Frauen sowie die Verweigerung von Frauenrechten werden im Gegenzug ausschließlich auf Seiten des Feindes und orientalisierten ›Anderen‹ verortet.

Die Legitimierung staatlicher und militärischer Gewalt und die (Neu-)Konstruktion deutscher Identität nach 9/11

Die öffentliche und mediale Diskussion über die Terroranschläge ist Teil eines umfassenderen Diskurses über die Legitimität kollektiver (politischer) Gewaltausübung, wie er bereits in der Unterscheidung zwischen ›Terror‹ und ›Krieg‹ zum Ausdruck kommt. Insbesondere der am 7. Oktober 2001 begonnene Krieg in Afghanistan, in den der ›Krieg gegen den Terror‹ als erste (Re-)Aktion mündete, hat in der internationalen ebenso wie in der deutschen Öffentlichkeit eine Diskussion über die Legitimität *militärischer Gewalteinsätze* ausgelöst. Wie der vor einigen Jahren verstorbene Soziologe Michael Schwab-Trapp (2007) in einer Studie zur diskursiven Verarbeitung des 11. September in Deutschland zeigt, berührten die Anschläge und der daraufhin ausgerufenen ›Krieg gegen den Terror‹ auch in Deutschland aufs Neue fundamentale Normen des Verständnisses von Krieg und Gewalt. Die Diskussion über die Legitimität militärischer Gewaltanwendung sei zwei Jahre nach dem Kosovokrieg, dem ersten militärischen Auslandseinsatz deutscher Truppen nach dem Zweiten Weltkrieg, in eine neue Runde gegangen und habe zugleich eine neue Qualität gewonnen: »Die Terroranschläge vom 11. September bergen enorme Legitimationspotenziale sowohl für innen- als auch für außenpolitische Weichenstellungen«, hält Schwab-Trapp einleitend in seiner Untersuchung fest (2007: 13).

Bereits die ersten politischen Reaktionen auf die Terroranschläge und die darin entwickelten ›kriegerischen‹ Deutungsvorgaben, wie etwa dass es sich bei den Anschlägen um eine »Kriegserklärung gegen die zivilisierte Welt« gehandelt habe und man den USA mit »uneingeschränkter Solidarität«, notfalls auch »militärischem Beistand« zur Seite stehen müsse, wie es der damalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder formulierte, zeigen, dass die Diskussion über den 11. September nicht von Fragen nach der Legitimität staatlicher und militärischer Gewalt zu trennen ist. Im Rückgriff auf das im Zusammenhang mit internationalen Konflikten vertraute Deutungsmuster ›Krieg‹ und ›Ausnahmestand‹, der Behauptung, dass nach dem 11. September ›nichts mehr so sein wird wie vorher‹, sowie der Rede von einer ›historischen Zäsur‹ und dem ›Beginn einer neuen Weltordnung‹ deutet sich das besondere Veränderungs- und Gestaltungspotenzial an, das den Terroranschlägen und ihren Deutungen innewohnt. Mit den auf Krieg und Chaos ausgelegten Deutungsrahmen gingen der Entwurf eines immensen Bedrohungsszenarios und eines neuen globalen Feindbildes einher. Die Anschläge des 11. September haben, begleitet und verstärkt von den politischen Stellungnahmen und medialen Deutungsvorga-

ben, in erschreckendem Tempo eine Neukonzeptionalisierung der globalen Sicherheitspolitik ausgelöst, die sich zu einem regelrechten ›Sicherheitswahn‹ gesteigert hat. In diesem (von ihnen mit erzeugten) Klima der Angst forderten die meisten Medien ein radikales Umdenken in puncto staatlicher Sicherheitspolitik und einen Abschied von der bisherigen ›Zurückhaltung‹.

Mit Schwab-Trapp vertrete ich die These, dass die Ereignisse und Deutungen des 11. September mehr noch als der Kosovokrieg einer Normalisierung und Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik Vorschub geleistet haben (Schwab-Trapp 2002 und 2007). Der 11. September fungiert damit neben der deutschen ›Wiedervereinigung‹ und dem Kosovokrieg als weiterer Meilenstein für die Neubestimmung der politischen Identität Deutschlands auf dem Weg zur vollen staatlichen Souveränität, die kriegesisch-militärische Politikformen mit zunehmender Selbstverständlichkeit einschließt. Wenngleich die deutsche Regierung sich 2003 gegen eine Beteiligung am Krieg gegen den Irak oder auch jüngst, zehn Jahre nach dem 11. September, gegen eine Beteiligung am NATO-Einsatz gegen Libyen entschieden hat, darf dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Gründe hierfür sich geändert haben – die Nicht-Beteiligung ist nun das Ergebnis einer »nüchterne[n] Interessenabwägung«, wie ein kritischer Beitrag in der *Berliner Zeitung* konstatiert: »Krieg ist zu einem gebräuchlichen Werkzeug der deutschen Außenpolitik geworden, das bei Bedarf angewendet wird oder eben auch nicht.« (30.12.2011: 3) Vor diesem Hintergrund begreife ich die medialen Diskurse über ›Terror‹ und Krieg als Plattform für die (Neu-)Konstruktion einer spezifisch deutsch-europäischen Identität, auf der das politische Selbstverständnis in Bezug auf die deutsche Außenpolitik, insbesondere im Hinblick auf den Einsatz militärischer Gewalt, verhandelt und neu ausgelotet wird. Der Diskursstrang ›11. September und die politischen Folgen‹ wird damit in den Kontext vergangener Kriegsdiskurse gestellt und vor dem Hintergrund vergangener Kriege unter deutscher Beteiligung diskutiert.

Die Einordnung der Debatten über den 11. September als ›Kriegsdiskurs‹ ist dabei nicht ganz unproblematisch, da der 11. September an sich noch kein Krieg ist. Vielmehr hat die Deutung des 11. September als Krieg bzw. Kriegserklärung, wie sie sich in kurzer Zeit im öffentlichen Diskurs durchgesetzt hat, weitreichende Konsequenzen für die gesamte Debatte und den weiteren Diskursverlauf sowie die daraus abgeleiteten politischen Handlungsoptionen (vgl. dazu Daase 2001; Weller 2004). Schwab-Trapp wirft deshalb die Frage auf: »Ist der Diskurs über den 11. September also kein Kriegsdiskurs, weil das Phänomen, auf das sich dieser Diskurs bezieht, kein Krieg ist?«, die er wiederum wie folgt beantwortet:

»Gegen eine solche Lesart ist zunächst einzuwenden, dass in diskursanalytischer Perspektive Krieg schlicht und einfach das ist, was die Diskursteilnehmer als Krieg bezeichnen. Und wenn die überwiegende Mehrheit der politischen Öffentlichkeit in ihren Reaktionen auf die Terroranschläge von einem Krieg spricht, dann ist der Kampf gegen den Terror ebenso ein Krieg wie der Diskurs über den 11. September ein Kriegsdiskurs ist.« (Schwab-Trapp 2007: 42)

Das Deutungsmuster ›Kriegserklärung‹, wie es insbesondere von den großen deutschen und internationalen Fernsehsendern im Verlauf des 11. Septembers verbreitet wurde (vgl. dazu die Studie von Weller 2004), ist v.a. im Hinblick auf die Bewertung und Legitimität politischen Handelns folgenreich, denn es legt eine militärisch-kriegesisch-reaktion bereits nahe. Auf eine Kriegserklärung kann nur mit Krieg

bzw. militärischer Vergeltung geantwortet werden: »Krieg gegen den Terror«. Auch in den deutschen Printmedien wurden die Anschläge mit kriegesischen Begriffen gerahmt und in den Kontext vergangener und zukünftiger Kriege (»Krieg im 21. Jahrhundert«, »zweites Pearl Harbor« etc.) eingereiht. Ein kursorischer Streifzug durch das Spektrum der deutschsprachigen überregionalen und regionalen Tageszeitungen am 12. September 2001 zeigt, dass die Begriffsfelder »Terror« und »Krieg« die Schlagzeilen dominieren: »Terror-Krieg gegen Amerika« (Süddeutsche Zeitung), »Krieg gegen die USA« (die tageszeitung), »Terrorangriff auf das Herz Amerikas« (Die Welt), »Das ist ein zweites Pearl Harbor« (Financial Times Deutschland), »Kriegserklärung an die USA« (Junge Welt), »Angriff auf Amerika« (FAZ, genauso: Tagesspiegel, Berliner Morgenpost), »Krieg gegen Amerika« (Express), »Krieg gegen die Zivilisation« (Rheinische Post), »Die Welt unter Schock. Krieg gegen die USA« (Neue Ruhr Zeitung) und »Kriegserklärung gegen die Welt« (Thüringische Landeszeitung). Auch in den internationalen Printmedien ist am Tag nach den Anschlägen das Deutungsmuster einer »Kriegserklärung« gegen die USA bzw. gegen die (zivi- lierte) Welt vorherrschend.¹²

Am 12. September verurteilte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in einer Regierungserklärung die Anschläge aufs Schärfste und betonte gleichzeitig die »uneingeschränkte Solidarität« mit den USA, die, wie er wenig später explizit ergänzte, auch die Bereitschaft zu »militärischem Beistand« umfasse. Christoph Weller (2004) spricht in diesem Zusammenhang von der »Kriegserklärung des Gerhard Schröder«, der mit seinem Versprechen indirekt an die mediale Deutung der Terroranschläge als Kriegserklärung anknüpfte und sie dadurch bestätigte. Die deutsche Außenpolitik blieb fortan nicht nur an Schröders Solidaritätserklärung gebunden, wie Weller konstatiert (2004: 228ff), mit ihr ging zugleich ein folgenreiches Identifikationsangebot einher, entlang dessen sich die Aktualisierung der deutschen Identität im Folgenden orientieren sollte: »Im Krieg gibt es nur noch die Unterscheidung zwischen Freunden und Feinden; anhand dieser Kategorien, so die Botschaft des Kanzlers, sollten die Deutschen ihren Platz in der schlagartig neu konstruierten sozialen Welt der internationalen Politik bestimmen« (ebd.: 229).

Nachdem die NATO am 12.9.2001 erstmalig in ihrer Geschichte den Bündnisfall ausgerufen hatte (der die Verpflichtung zum Beistand und das Recht auf kollektive Selbstverteidigung beinhaltet, wenn einer der Bündnispartner angegriffen wird), verfolgten zahlreiche Medien eine auf Eskalation ausgelegte Diskursstrategie.¹³ In »vorausgehendem Gehorsam« rüstete etwa die *Bild*-Zeitung (diskursiv) zum Kampf und stimmte ihre Leser_innen auf eine militärische Beteiligung Deutschlands ein, so das Ergebnis einer Analyse von Iris Bünger (2001: 618). Bereits am 13.9.2001

12 | Dies lässt sich z.B. anhand des vom Karl Müller Verlag zusammengestellten Buches »Die erste Seite: Internationale Schlagzeilen nach dem 11. September 2001« (Verlag Karl Müller 2002) sehr gut nachvollziehen, in dem jeweils die erste Seite vollständig abgedruckt wurde.

13 | Zum ersten und bisher einzigen Mal wurde der Bündnisfall vom NATO-Rat am 12. September 2001 als Reaktion auf die Anschläge des 11. September ausgerufen, unter der Prämisse dass die Terrorangriffe »von außen gegen die USA gerichtet waren«. Beschlossen wurde der Bündnisfall durch den NATO-Rat deshalb erst am 4. Oktober, nachdem die USA den Nachweis erbracht hatten, dass ein bewaffneter Angriff von außen, durch Bin Ladens Organisation Al-Qaida, erfolgt war.

proklamierte *Bild*: »Deutschland ist dabei.« In den Wochen nach dem 11. September wurde diskursiv eine Zustimmungsbereitschaft geschaffen, die suggerierte, Deutschland »muss« sich aktiv an den Kriegshandlungen beteiligen und auch innenpolitisch die Sicherheit verstärken (ebd.: 622). Bislang umstrittene Maßnahmen wie Rasterfahndung, Aufhebung des Bankgeheimnisses und Lockerung des Datenschutzes wurden damit nicht nur allgemein durchsetzbar, sondern sogar »erwünscht« gemacht (ebd.).

Die öffentlich und medial geschürte Angst vor dem »internationalen Terrorismus« ließ sich in Deutschland v.a. auch dazu nutzen, eine massive Verschärfung der Inneren Sicherheit durchzusetzen, was mit rassistischen, anti-muslimischen und neo-orientalistischen Argumentationsmustern einherging. Der 11. September fungierte in diesem Sinne mit den Worten von Wolf-Dieter Narr als »Pauschallegitimator, nach innen und nach außen« (Narr 2001a: 5), der von politischer wie medialer Seite aufgegriffen und im Sinne der herrschaftlichen Politik instrumentalisiert wurde. Was nach außen mit dem Appell an eine wehrhafte Demokratie und dem Ausbau einer einsatzbereiten und schlagkräftigen militärischen Sicherheitspolitik einherging, führte im Inneren zu einer Modifizierung und Verschärfung zahlreicher Gesetze. Dazu gesellte sich ein Bündel repressiver Maßnahmen, die insbesondere für nicht-deutsche Migrant_innen und Flüchtlinge gravierende Einschränkungen mit sich brachten (vgl. ADB 2002). In beispielloser Eile und ohne größere Diskussion wurden zwei Gesetzespakete, die so genannten Anti-Terror-Pakete I und II, verabschiedet, die u.a. eine bundesweite Rasterfahndung nach weiteren Terrorverdächtigen zur Folge hatte. »Präventive Maßnahmen« lautete die Zauberformel, mit dem die globale Sicherheit staatlicherseits erhöht werden sollte. Konkret bedeutet das mehr Überwachung und Kontrolle im Inneren ohne konkreten Anfangsverdacht und die Etablierung einer permanenten Option für staatliche »Präventivkriege« nach außen, mit denen die »Sicherheit« auch am Hindukusch verteidigt und der »Zerfall« von Staaten sowie die Zunahme »irregulärer« Gewalt verhindert werden sollen. Sonja Buckel und John Kannankulam sprechen in diesem Sinne von der Entstehung eines »neuen Präventionsstaates« nach dem 11. September (2002: 34).

Für die Durchsetzbarkeit staatlicher und insbesondere militärischer Sicherheitskonzepte ist das subjektive, historisch gewachsene, gesellschaftlich verbreitete und medial und politisch verstärkte »Sicherheitsgefühl« von zentraler Bedeutung. Mit dem 11. September wurde ein emotional aufgeladenes Klima, geprägt durch Chaos, Angst und Gefahr, geschaffen, das für viele Menschen einen Wendepunkt der Bedrohungslage und die Notwendigkeit eines radikalen Umdenkens in der Sicherheitspolitik suggerierte. Schwab-Trapp spricht von einem »Zwang zum Konsens« (2003), der durch die kollektive Erschütterung sowie das Ausmaß der Katastrophe entstanden sei.

»In der Mischung aus Fassungs- und Hilflosigkeit, aus Angst, Betroffenheit und Trauer, aus Erschütterung und moralischer Entrüstung, die die ersten Reaktionen auf die Ereignisse vom 11. September charakterisiert, entsteht eine politische Atmosphäre, die erstens jede Stellungnahme einem enormen Angemessenheits- und Legitimationsdruck aussetzt, und zweitens ambivalente Stellungnahmen oder abweichende Interpretationsangebote nur sehr bedingt zulässt.« (Schwab-Trapp 2007: 14)

Am 16. November 2001 stimmte der Bundestag schließlich nach einer Vorlage des Bundeskabinetts vom 7. November und unter dem Druck der Vertrauensfrage, die Schröder mit der Abstimmung verknüpft hatte, der Beteiligung der Bundeswehr am Anti-Terror-Kampf mit bis zu 3.900 Soldaten zu, die sodann im Januar 2002 zu ihrem Einsatz in Afghanistan aufbrachen. Die militärische Beteiligung Deutschlands an einem weiteren militärischen Auslandseinsatz (*out of area*) wurde in der deutschen Bevölkerung unmittelbar nach dem 11. September mit großer Zustimmung aufgenommen: Laut verschiedener Umfrageergebnisse sprachen sich Anfang Oktober 2001 etwa zwei Drittel bis drei Viertel der Bundesbürger für einen militärischen Einsatz Deutschlands im Rahmen der Anti-Terror-Koalition aus (vgl. z.B. Spiegel 41/2001).

Politischer Kontext: Die Remilitarisierung der deutschen Außenpolitik

Besonders im Rückblick tritt der sicherheits- und verteidigungspolitische Paradigmenwechsel in Deutschland, der nicht erst mit dem 11. September begonnen hat, durch diesen aber deutlich verstärkt wurde, offen zutage. Mittlerweile ist die Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee (»Armee im Einsatz«) geworden, der Einsatz militärischer Gewalt gehört heute (wieder) zur politischen Realität und gilt auch in der deutschen Bevölkerung zunehmend als selbstverständlich. Von heute aus betrachtet, ist die Normalisierung und Remilitarisierung Deutschlands in den letzten 20 Jahren äußerst zügig vorangeschritten, nachdem sich der deutsche Staat nach Ende des Zweiten Weltkrieges lange Zeit vergleichsweise »unmilitärisch« dargestellt hatte. Öffentliche Auftritte der Bundeswehr erhielten noch in den 1980er Jahren wenig positive Aufmerksamkeit und zogen teilweise vehemente Proteste nach sich. Mit dem Ende des Kalten Krieges und der deutschen Wiedervereinigung änderte sich dies jedoch Schlag auf Schlag. Im Anschluss an die Beteiligungen der Bundeswehrsoldaten an AWACS-Aufklärungsflügen im Zweiten Golfkrieg 1990/91 folgte 1995 die Stationierung deutscher Soldaten in Bosnien-Herzegowina. 1994 gab das Bundesverfassungsgericht den rechtlichen Weg für eine umfassende Beteiligung Deutschlands an militärischen Out-of-area-Einsätzen frei. Nach der symbolträchtigen und folgenreichen Zustimmung der Grünen zur militärischen Beteiligung an der NATO-Intervention in Rest-Jugoslawien, dem so genannten Kosovokrieg 1999, war der Weg für eine neue Etappe der deutschen Außenpolitik geebnet. Zwar war die Beteiligung am Kosovokrieg nicht der erste Einsatz der Bundeswehr im Ausland – Kambodscha und Somalia gingen diesem voran. Jedoch handelt es sich um den ersten militärischen Auslandseinsatz der Bundeswehr nach 1945.

Bedeutsam für die Durchsetzung und Legitimierung der Militärinterventionen im ehemaligen Jugoslawien war der Rekurs auf das Thema Menschenrechte. Der Kosovokrieg war demnach kein Krieg, sondern eine »humanitäre Intervention«, die eine humanitäre Katastrophe verhindern und eine Durchsetzung der Menschenrechte weltweit befördern sollte. Für Deutschland war zudem der Bezug auf die deutsche Vergangenheit des Nationalsozialismus zentral. Die vermeintlich aus der Geschichte gezogenen »Lehren« wurden zu einem Argument für die deutsche Kriegsbeteiligung umfunktioniert. Bekannt wurde der Ausspruch des damaligen grünen Außenministers Joschka Fischer: »Ich habe nicht nur gelernt »Nie wieder Krieg«, sondern auch »Nie wieder Auschwitz« (zitiert n. Schwab-Trapp 2002: 184). Mit den Kriegen der 1990er Jahre ist auch »Geschlecht« zu einer für die Legitimation militärischer Gewaltausübung nützlichen Kategorie geworden, die sogar Feminis-

tinnen und erklärte Kriegsgegner_innen von der Notwendigkeit eines Krieges im Namen der Frauen(rechte) überzeugen konnte (Birckenbach 2005: 88). So wurde beispielsweise die Empörung über die Verletzung der Frauenrechte durch angebliche Massenvergewaltigungen und Vergewaltigungslager in Bosnien-Herzegowina zum Schüren nationalistischen Hasses und ethnisierten Feindbilder genutzt und als Argument und Rechtfertigung für ein militärisches Einschreiten von außen instrumentalisiert (vgl. auch Klaus/Kassel 2003; Nachtigall/Dietrich 2003).

Die lange wertgeschätzte zivile, nicht-militärische Konfliktbearbeitung ist zunehmend – ganz besonders nach dem 11. September – »robusteren« Methoden gewichen. An die Stelle einer (vermeintlich) menschen- und frauenrechtlichen Motivation ist heute ein explizit kämpferischer Auftrag getreten. Die Verteidigung der deutschen Sicherheit und Kampf gegen den Terrorismus lauten die Begründungsmuster, mit denen die Beteiligung an kriegerischen Aktivitäten seit dem 11. September erklärt und legitimiert wird. Kriege gehören heute zur Normalität – obwohl sie in der deutschen Bevölkerung nicht (mehr) mehrheitlich befürwortet werden; sie rufen jedoch auch in der Regeln keine besonderen Proteste oder Ablehnung hervor. Ex-Bundespräsident Horst Köhler bezeichnete dies 2005 als »freundliches Desinteresse« der deutschen Bevölkerung gegenüber der Bundeswehr, denn die »Heimat« erscheine den meisten als friedlich und die Kriege weit weg.

Deutsche Soldaten sind heute an vielen Orten der Welt im Einsatz u.a. im Libanon und vor den Küsten Afrikas. Seit Januar 2002 sind Kontingente der Bundeswehr in Afghanistan im Einsatz und wurden mit Billigung des Bundestags weiter aufgestockt. Nach Angaben der Bundeswehr beteiligt sich Deutschland derzeit mit insgesamt 7.375 Soldaten und Soldatinnen an Auslandseinsätzen in zahlreichen Ländern und Regionen, davon 4.792 in Afghanistan (Stand 8. Februar 2012).¹⁴ Ein Ende der deutschen Kriegsführung ist nicht in Sicht. Stattdessen nehmen die Forderungen nach einer politischen und gesellschaftlichen Aufwertung des Militärischen, verbunden mit Forderungen nach mehr Verantwortung gegenüber »unseren Soldaten« und stärkerer Anerkennung ihre Leistungen im Kampf für »unsere Sicherheit«, stetig zu. Appelliert wird insbesondere an eine gebührende nationale Trauer und Ehrung der getöteten bzw. »gefallenen« deutschen Soldaten, wie dies schließlich in anderen Ländern auch üblich sei.

»Kämpfen« und »Soldatentod« sind heute im Zusammenhang mit der Bundeswehr längst keine Tabuthemen mehr. Auch von »Krieg« darf neuerdings wieder gesprochen werden. Neue Tapferkeits- und Gefechtsmedaillen wurden eingeführt und ein »Ehrenmal« für gefallene Bundeswehrsoldaten gebaut. Das Militär und militärische Tugenden (Tapferkeit, Kampf- und Opferbereitschaft) sind in den Alltag zurückgekehrt und werden immer häufiger zum öffentlichen (Medien-)Ereignis, trotz – oder gerade aufgrund – der andauernden ablehnenden Haltung der deutschen Bevölkerung gegenüber Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Durch ein verstärktes Aufgreifen und die Popularisierung des Themas in den Medien dringt das Kriegerische und Heroische immer mehr in den Alltag ein. Öffentliche Ordensverleihungen, nationale Denkmäler und Talkshows aus dem Schützengraben tragen zu einer Gewöhnung an kämpfende und getötete Soldaten bei. Akzeptierende Denkweisen

14 | Die Zahlen zur Stärke der deutschen Einsatzkontingente im Ausland werden laufend aktualisiert; sie sind abrufbar unter: www.bundeswehr.de.

werden dadurch nach und nach etabliert, und auch getötete Soldaten werden immer mehr zur ›Normalität‹ – ohne dass dies nennenswerte Empörung hervorruft.

Exkurs: Neue Kriege?

Der 11. September hat auch in den Politikwissenschaften eine intensive Auseinandersetzung über die Folgen der Terroranschläge für die internationale wie nationale Politik ausgelöst. Die Ereignisse werden dabei vor dem Hintergrund eines strukturellen Wandels der Kriegs- und Bedrohungsformen im 21. Jahrhundert diskutiert, eine Debatte, die in Deutschland v.a. unter dem Schlagwort »Neue Kriege« bekannt geworden ist. Mary Kaldor (2000) hat den Begriff der ›Neuen Kriege‹ bereits vor dem 11. September verwendet, um die Veränderung der Kriegesformen zu beschreiben. Im Zuge des 11. September bekommt dieser Topos jedoch Hochkonjunktur und wird v.a. durch Herfried Münkler populär gemacht (vgl. Münkler 2002; allgemein zum Wandel des Kriegsbegriffs Daase 2003). Grundlegendes Merkmal der Neuen Kriege ist nach Münkler der oft zitierte Umstand, dass »die Staaten [...] als die faktischen Monopolisten des Krieges abgedankt« hätten. Gleichzeitig steige die Zahl innerstaatlicher Konflikte rapide an. An die Stelle der Staaten seien neue para-staatliche oder privatwirtschaftlich organisierte Kriegsunternehmer getreten, wie »lokale Warlords und Guerillagruppen über weltweit operierende Söldnerfirmen bis zu internationalen Terrornetzwerken« (2002: 7). Das Neue an diesen Formen der Kriegsführung sei neben der Entstaatlichung und Privatisierung kriegerischer Gewalt v.a. ihre »Asymmetrisierung« (ebd.: 11). Damit ist der Umstand gemeint, dass in der Regel nicht gleichartige Gegner gegeneinander kämpfen. Es gebe keine Fronten mehr und es komme nur noch selten zu Gefechten oder großen Schlachten (ebd.). Stattdessen richte sich die Gewalt der Neuen Kriege v.a. gegen die Zivilbevölkerung (ebd.: 28ff). Weiter wird behauptet, dass sich bestimmte Formen der Gewaltanwendung, die sich in den klassischen Kriegen bisher dem Völkerrecht einer geordneten militärischen Strategie untergeordnet hätten, zunehmend verselbständigten und eine neue Dimension der Brutalität erlangten, was insbesondere für den Terrorismus gelte. Münkler spricht von einer »Autonomisierung« (ebd.: 11) der Gewalt, die auch mit einer »Resexualisierung« der Gewaltformen einhergehe; genannt werden z.B. »Verewaltigungsorgien«, »Verstümmelungen« und »Trophäisierung« (ebd.: 30).

Die Theorie der Neuen Kriege ist bereits ausführlich kritisiert worden (vgl. stellvertretend Gantzel 2002; Chojnacki 2004; Kahl/Teusch 2004). Als problematisch wird u.a. die Überbetonung des Neuen gewertet; zwar seien die ›alten‹ Staatenkriege in der Zahl rückläufig, was jedoch nicht heiße, dass diese empirisch wie theoretisch bedeutungslos geworden seien (Chojnacki 2004: 407). Kritisiert wird in diesem Zusammenhang das stark idealisierte Bild der ›alten‹ Staatenkriege. Auch in diesen waren – trotz völkerrechtlicher Regelungen – Zivilist_innen von jeher in hohem Maße und systematisch von (z.B. sexualisierter) Kriegsgewalt betroffen. Zudem werden die völkerrechtlichen Regelungen in jedem Krieg massiv übertreten.

»Der entscheidende Schwachpunkt der Studien über die neuen Kriege besteht darin, dass sie die Entstehung eines neuen, unkontrollierten und womöglich unkontrollierbaren Phänomens suggerieren und dieses Phänomen negativ absetzen von den ›eingehegten‹ nach Regeln ausgetragenen zwischenstaatlichen Kriegen der europäischen Mächte des 19. Jahrhunderts.« (Kahl/Teusch 2004: 400)

Des Weiteren wird kritisiert, dass durch die Beschwörung der neuen Gefahren und ihrer drastischen Zunahme neue »diffuse Bedrohungsgefühle« geweckt würden, die einer »sich in die Privatzonen hineinfressenden Sicherheitspolitik« Vorschub leisteten (Gantzel 2002: 88). »Solche Bedrohungsgefühle können aber auch dazu genutzt werden, einem bloßen Draufhauen Vorschub zu leisten, etwa auf eine erfundene ›Achse des Bösen‹.« (Ebd: 88f).

Hauptansatzpunkt der Kritik bildet jedoch das Theorem des gescheiterten Staates (*failed state*), der als Hauptursache für das Entstehen der Neuen Kriege angeführt wird. Dieser Erklärungsansatz besagt, dass überall dort, wo es zu einer Erosion staatlicher Autorität und einem Wegfall »robuster Staatlichkeit« (Münkler 2002: 19) komme, neue Quellen der Gewalt entstünden. Diese hätten »schwer wiegende Folgen für die weltpolitische wie weltwirtschaftliche Ordnung« (ebd: 227) und könnten sich wie im Falle des 11. September in Form terroristischer Gewalt gegen den Westen richten. Das Erklärungsmodell des Staatszerfalls ist darauf ausgelegt, einem westlichen Überlegenheitsdenken und einer ›präventiven‹ Interventionspolitik das Wort zu reden (vgl. ausführlich Wagner 2006). Aus der Beschwörung des gefährlichen Staatenzerfalls wird in erster Linie ein sicherheitspolitischer Impetus abgeleitet, der unbedingten Handlungszwang suggeriert. Münkler etwa warnt vor mittelalterlichen Zuständen. So sei das »Konglomerat aus Raubzügen und Plünderungen, Massakern und Gewaltexzessen« nur ein »Menetekel dessen, was Europäer und Amerikaner ereilen wird, wenn es ihnen nicht gelingt, das aufgebrochene Gewaltmonopol der Staaten im globalen Maßstab wiederherzustellen« (2002: 63). Der Westen dürfe den zerfallenden Staaten und der sich daraus ergebenden »Eskalationsspirale« nicht tatenlos zusehen, sondern müsse ihr »möglichst frühzeitig und gegebenenfalls auch mit den Mitteln einer militärischen Intervention« (ebd.: 227) begegnen.

Im Kontext dieser Debatten hat mit dem 11. September ein veränderter Sicherheitsdiskurs Geltung erlangt, der weltweit und präventiv agiert, um die ›gescheiterten Staaten‹ vor dem endgültigen Zerfall zu bewahren bzw. Staatlichkeit zu importieren und so ›Schlimmeres‹ zu verhindern. Die Frage, ob die Anschläge des 11. September als Terrorismus, Krieg oder Neuer Krieg zu bezeichnen sind, ist ebenso wie die Frage, ob die Situation in Afghanistan heute einem Krieg entspricht oder so benannt werden sollte, für diese Arbeit jedoch von untergeordnetem Interesse. Ich gehe davon aus, dass ›Geschlecht‹ als Analysekategorie für die Berichterstattung über einen Krieg ebenso wie über einen bewaffneten bzw. gewaltförmigen Konflikt gleichermaßen von zentraler Bedeutung ist.¹⁵

15 | Die Begriffe ›Krieg‹ und ›(bewaffneter) Konflikt‹ sind ohnehin nicht trennscharf. In der Friedens- und Konfliktforschung ist die Frage, was als Krieg zu gelten hat, bis heute umstritten. Während unter einem Krieg traditionell ein Krieg zwischen Staaten bzw. staatlichen Armeen verstanden wird, finden für innerstaatliche Kriegsformen Begriffe wie (bewaffneter, gewaltförmiger) Konflikt, Bürgerkrieg, Guerillakrieg, Unabhängigkeitskrieg etc. Verwendung. In den Sozialwissenschaften und der (feministischen) Friedens- und Konfliktforschung wird dagegen »Konflikt« bzw. »gewaltförmiger« oder »kriegerischer Konflikt« häufig als Oberbegriff verwendet (z.B. Seifert 2004a). In der völkerrechtlichen Praxis und Wissenschaft sei der Begriff des Krieges mittlerweile fast vollständig durch den Begriff des bewaffneten Konflikts abgelöst worden, heißt es in einem Papier des deutschen Bundestages: Unterschieden würden stattdessen »nicht-internationale bewaffnete Konflikte« im Inneren eines Landes

Medien und ihre Funktion: Deutungskonstruktionen, politische Sinnstiftung und Kriegslegitimierung

In demokratischen Gesellschaften sind politische Herrschaft und die damit verbundenen Maßnahmen begründungspflichtig und bedürfen der öffentlichen und gesellschaftlichen Zustimmung. Medien stellen dabei ein wichtiges Forum dar, in dem politische Entscheidungen diskutiert, Meinungen erzeugt und politische Legitimität verhandelt, bestätigt oder auch abgesprochen werden kann (vgl. Kirchhoff 2010: 14f).

Medien, diskurstheoretisch (im Anschluss an Foucault) verstanden, liefern kein Abbild, sondern eine spezifische Deutung von Wirklichkeit und sind somit selbst an der Konstruktion von Wirklichkeit beteiligt. Sie nehmen dieser Auffassung zufolge bestimmte Deutungen vor und weisen Bedeutungen zu, mit denen ein Ereignis in einen spezifischen Erfahrungskontext eingeordnet, bewertet und erklärt werden kann; dieser Prozess wird auch Framing genannt (vgl. Eilders/Lüter 2000). Aus diesem Grund sind die spezifischen Rahmungen (Frames) dazu geeignet, politisches Handeln zu legitimieren oder zu delegitimieren (vgl. Schwab-Trapp 2002; Heins 2003; Jäger/Jäger 2007). Insbesondere den Massenmedien kommt als Träger des öffentlichen Diskurses eine zentrale Bedeutung der politischen Sinnstiftung zu. Sie stellen nicht nur eine Plattform für die widerstreitenden Meinungen und den Kampf um Deutungshoheit dar, sondern sie nehmen selbst spezifische Deutungen der Ereignisse vor, die aufgrund der großen Verbreitung und des hohen Wirkungsgrades von Massenmedien wiederum erheblichen Einfluss auf die öffentliche Meinung und den weiteren Verlauf des Diskurses nehmen können (vgl. weiterführend Kirchhoff 2010).

Die in den Medien produzierten und eingeschliffenen Deutungsvorgaben sind insbesondere in Hinblick auf politische Entscheidungsprozesse von Bedeutung. Sie haben Auswirkungen auf die Legitimität, die der Politik, beim Einsatz militärischer Gewalt, beigemessen wird (für aktuelle Untersuchungen medialer Deutungsrahmen in Bezug auf die deutsche Militär- und Außenpolitik Scheufele/Gasteiger 2007; Fröhlich et al. 2007). Medien stellen selektive Interpretationsangebote bereit, weisen Bedeutungen zu und produzieren, befestigen und verstetigen Meinungen, die einen Krieg als legitim oder nicht-legitim erscheinen lassen können. Kriege erfordern zudem eine starke Identifikation mit der eigenen (nationalen, kulturellen, wertebezogenen) Gemeinschaft, die v.a. symbolisch (re-)produziert werden muss und die auf die überzeugende Konstruktion des ›Eigenen‹ im Gegensatz zum ›Anderen‹ angewiesen ist (Seifert 2001: 34). (Mediale) Kriegsdiskurse sind also wichtige Orte der Verhandlung und Konstituierung eigener und fremder Identität. Zusammengefasst: (Massen-) Medien fungieren nicht nur als zentrale Orte nationaler Selbstvergewisserungen, sie können ebenso das politische Handeln wie einen Krieg begründen und rechtfertigen.

»The construction meaning and the symbolic struggles over the definition of reality predominantly take place in the mass media. Media thus are highly important agents in the construction or denial of legitimacy. Thus interpretive effort involved in the justification or delegitimation of war can be described as framing.« (Eilders/Lüter 2000: 416)

und »internationale bewaffnete Konflikte« zwischen Staaten (vgl. Wissenschaftliche Dienste Deutscher Bundestag 2010). Die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) hält hingegen an der Unterscheidung zwischen »Krieg« und »bewaffnetem Konflikt« fest.

Das diskursanalytische Erkenntnisinteresse richtet sich dabei weniger auf die mutmaßlichen Intentionen einzelner Journalist_innen oder Medienorgane, z.B. auf bewusste Propaganda, Manipulationen und Falschaussagen, noch geht es darum, die Instrumentalisierung der Medien durch Staat oder Regierung zum Zwecke der Herrschaftslegitimierung zu skandalisieren. Ziel der diskursanalytischen Herangehensweise ist vielmehr die Rekonstruktion der in den Medien vermittelten *über-individuellen* Diskurse und Deutungsmuster, die eine kriegerische Intervention als plausibel und sinnvoll oder eben als abwegig und nicht sinnvoll erscheinen lassen können – möglicherweise sogar entgegen der eigentlichen Intention des Autors oder der Autorin. Im Anschluss an Foucault lassen sich Medien als eine regulatorische Instanz begreifen, die das Sagbarkeitsfeld begrenzen, indem sie den Bereich des gültigen Wissens abstecken und die Anzahl möglicher Aussagen und Subjektpositionen verknappen sowie den Zugang zum Diskurs regulieren. Die Sichtbarmachung dieser Wissensordnungen, der damit einhergehenden Ausschließungen sowie ihrer sprachlichen und visuellen Wirkungsmittel können wiederum indirekt als Interventionen in die herrschaftslegitimierende und -sichernde Funktion von Diskursen verstanden werden (Jäger/Jäger 2007: 18).

Die in den Medien konstruierten sozialen Zugehörigkeiten und Identitäten sind zudem nicht losgelöst von Geschlecht denkbar (vgl. Lünenborg 2005b). Framing-Prozesse sind generell nicht geschlechtsneutral. So kann die Konstruktion geschlechtlicher Rollen und Identitäten, z.B. die Art und Weise, wie Frauen und Männer in Kriegskontexten dargestellt werden, für die Deutung der Ereignisse zentral sein (vgl. Christensen/Ferree 2008; Kassel 2005). Darüber wirken Medien generell an der Ausgestaltung und Aufrechterhaltung der Zweigeschlechtlichkeit mit, indem sie permanent Aussagen über Weiblichkeit und Männlichkeit aktualisieren.

Ziel und Vorgehensweise:

Geschlechterkonstruktionen in Kriegsdiskursen erforschen

Ziel dieser Arbeit ist es, die in der Berichterstattung von *FAZ* und *Spiegel* über die Ereignisse des 11. September und den ›Krieg gegen den Terror‹ im Zentrum stehenden individuellen und kollektiven Akteure und die entsprechenden Rollenvorstellungen, Identitätszuschreibungen, Metaphern und Symboliken systematisch zu erfassen und dabei insbesondere die ihnen eingeschriebenen Geschlechterbilder herauszuarbeiten. Dabei frage ich, wie Bilder von Männlichkeit und Weiblichkeit die Wahrnehmung, Erklärung und Bewertung von ›Terror‹ und ›Krieg gegen den Terror‹ strukturieren und zur Legitimierung oder Delegitimierung politischen Handelns beitragen. Die Untersuchung bewegt sich damit auf der Ebene der diskursiven Konstruktionen von Krieg und Geschlecht bzw. den *symbolischen* Geschlechterrepräsentationen im Kriegskontext. Dies setzt eine analytische Unterscheidung zwischen ›Männern‹ und ›Frauen‹ sowie Vorstellungen und Bildern von ›Männlichkeit‹ und ›Weiblichkeit‹ voraus.¹⁶

16 | Im Anschluss an Johanna Dorer (2001) lässt sich analytisch zwischen den *materiellen Verortungen bzw. Positionierungen* von Geschlecht, also den Identitätskonstruktionen auf der Basis individueller geschlechtlicher Existenzweisen und Erfahrungen (die Ebene der ›Männer‹ und ›Frauen‹) und den *symbolischen Verortungen bzw. Repräsentationen* von Geschlecht, d.h. den Symboliken, Metaphern, Bildern, Rollen- und Identitätszuschreibungen (die Ebene von ›Weiblichkeit‹ und ›Männlichkeit‹) unterscheiden. Beide Konstruktionsprozesse sind jedoch stets aufeinander bezogen und in ihrer Wechselwirkung für die Aufrecht-

Mit einer diskursanalytisch, an Foucault orientierten Herangehensweise lassen sich die medial vermittelten Wirklichkeitsmodelle, Deutungsmuster und vermeintliche ›Wahrheiten‹ kritisch befragen, wobei die Analyse auf der Ebene der Sprache bzw. der Medien ansetzt.

Der Zusammenhang zwischen Krieg und Geschlecht lässt sich mit Blick auf die feministische und gendersensible (Friedens- und Konflikt-)Forschung zunächst als ein Wechselverhältnis bestimmen: Kriege und gewaltförmige Konflikte sowie deren mediale Vermittlung haben Auswirkungen auf die Gesellschaft und die jeweils vorherrschende Geschlechterordnung. Sie können traditionelle Rollenaufteilungen ebenso wie die hegemonialen Bilder von Männlichkeit und Weiblichkeit verfestigen, andererseits aber auch potentiell zu einer Irritation und Veränderung der bestehenden Geschlechterordnung führen. Insbesondere Militär und Krieg werden als »extrem wichtige Institutionen und Zeiten für die Konstruktion von Geschlechterverhältnissen« (Dinges 1998: 347) begriffen. Wie Miriam Cooke und Angela Woollacott betonen, werden im ›Sprechen über Krieg‹ jedoch die binären stereotypen Geschlechterbilder nicht zwangsläufig reproduziert, verstärkt und perpetuiert, sondern können ebenso untergraben und verändert werden: »Language used to describe or discuss war becomes itself the vehicle of, as well as the potential challenge to, assumptions about appropriate gender roles in relation to war. Language transforms experience into consciousness.« (Cooke/Woollacott 1993b: xii) Laut Cooke (1993: 182) zeichnen sich insbesondere die aktuellen ›postmodernen Kriege‹ durch ein Aufweichen binärer Strukturen von gut/böse, Freund/Feind, Krieg/Frieden, Kombattanten/Nichtkombattanten, Front/Heimatfront etc. aus, die noch für frühere Kriege kennzeichnend waren. Das Aufbrechen der Binaritäten führe zu semiotischen Transformationen, wodurch auch die binären Geschlechterbilder brüchig würden. Cooke bestimmt deshalb Krieg ebenso wie Gender als »highly fluid and negotiable structures within which meanings are constantly constructed and deconstructed« (ebd.). Die diskursiven wie gesellschaftlichen Veränderungen der Geschlechterordnung haben wiederum Auswirkungen auf die folgenden Kriege, die damit verbundenen (medialen) Geschlechterrepräsentationen sowie die tatsächlichen Geschlechterkonstellationen (Thiele et al. 2010b: 10).

Politikwissenschaftliche feministische Ansätze verweisen zudem auf die Diskurse der internationalen Politik, insbesondere Kriegs- und außenpolitische Diskurse, als zentrale Felder, in denen nicht nur kollektive (nationale), sondern auch geschlechtliche Identitäten konstruiert werden, die wiederum für die Wahrnehmung der Politik und die Legitimierung (außen-)politischen Handelns insgesamt von Bedeutung sind.

Medien, die Deutungs- und Bewertungsmuster anbieten, spielen in den Prozessen der Affirmation und Irritation sozialer (Geschlechter-)Ordnungen eine entscheidende Rolle (vgl. ebd.). Sie berichten nicht einfach ›neutral‹ über die am Krieg beteiligten individuellen und kollektiven Akteure, sondern sie positionieren die Akteure zueinander, weisen ihnen spezifische, geschlechtlich definierte Identitäten,

erhaltung der binären und heteronormativen Geschlechterordnung verantwortlich. Ich verwende im Folgenden den Begriff ›Geschlechterbilder‹, womit sprachliche ebenso wie visuelle Bilder gemeint sind, als Oberbegriff für jene zweite Konstruktions-Ebene der Repräsentationen und Zuschreibungen von Männlichkeit und Weiblichkeit, die Gegenstand dieser Untersuchung sind.

Rollen und Eigenschaften zu, die wiederum mit spezifischen Normen und Werten sowie entsprechenden Auf- und Abwertungen verbunden sind. Geschlechterbilder bzw. geschlechtliche Zuschreibungen fungieren in diesem Kontext als eine binär-hierarchische Bewertungsstruktur, mit der politisches Handeln gerahmt, geordnet und beurteilt wird.

Vor dem Hintergrund, dass in den Diskursen über den 11. September auch kollektive und nationale Identitäten entworfen werden und politische Legitimität erzeugt wird, lässt sich die Fragestellung weiter konkretisieren. So interessiert mich besonders, welchen Einfluss geschlechtliche Bilder und Zuschreibungen auf die Wahrnehmung und Einschätzung politischen Handelns insbesondere im Hinblick auf die Legitimierung einer deutschen Militärbeteiligung am ›Krieg gegen den Terror‹ haben und inwiefern sie in die medialen Aushandlungs- und Selbstvergewisserungsprozesse einer deutsch-europäischen Identität nach dem 11. September einfließen. Es stellt sich die Frage, ob und wenn ja auf welche Rollenvorstellungen und Repräsentationen von Geschlecht in den deutschen Medien zurückgegriffen wird, um militärisches Handeln zu begründen und zu legitimieren oder abzulehnen. Die Frage ist insofern brisant, da das Bild ›kämpferischer‹ bzw. ›militarisierter Männlichkeit‹ in Deutschland seit dem Zweiten Weltkrieg, anders als beispielsweise in den USA, vor dem 11. September nicht zum nationalen Selbstbild und Verständnis der Außenpolitik gehörte oder in größerem Umfang öffentlich gepflegt wurde.

Ausgehend von diesen Überlegungen lässt sich der mediale Diskurs über ›Terror‹, Krieg und die internationale Politik nach dem 11. September als diskursive ›Arena der Geschlechterkonstruktionen‹ bestimmen. Die Untersuchung setzt bei der medialen Repräsentation der individuellen und kollektiven Akteure an, mit dem Ziel, die ihnen jeweils zugeschriebene Geschlechtsidentität bzw. die geschlechtlichen Subjektpositionen, die der Kriegs- bzw. Terrordiskurs bereitstellt, sowie die Regeln ihrer Herstellung und Verknappung zu rekonstruieren. Im Fokus stehen die politischen Akteure, die in den Medien mit einer ›Hauptrolle‹ bedacht werden. Im Diskurs über den 11. September und den Afghanistankrieg sind dies neben dem US-amerikanischen Präsidenten George W. Bush die deutschen Akteure Bundeskanzler Gerhard Schröder, Außenminister Joschka Fischer sowie die Partei Bündnis 90/Die Grünen sowie Bundeswehr- und US-Soldaten, Terroristen (Feindbilder) und afghanische Frauen. In der stark personalisierten Berichterstattung der untersuchten Medien sind die Darstellungen von Bush, Schröder, Fischer etc. nicht zu trennen von den Konstruktionen kollektiver und nationaler Identitäten. Die mediale Repräsentation der Akteure wird deshalb stets in ihrer Wechselwirkung zwischen Individuum und Kollektiv analysiert.

Mit der Tageszeitung *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* und dem Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* werden zwei so genannte ›Meinungsführer‹ unter den Massenmedien ausgewählt, die jeweils über einen breiten Wirkungskreis verfügen. *Spiegel* und *FAZ* gelten in Deutschland als ›Leitmedien‹ mit weit reichender Meinungsbildungs- und Multiplikatorfunktion. Gerade wegen ihrer jeweils unterschiedlichen Ausrichtung, Aufmachung und Zielgruppe sind sie geeignet, um in der Analyse ein möglichst breites Spektrum der politischen Positionen des hegemonialen Diskurses abdecken zu können.

Aufbau der Arbeit

Das theoretische Instrumentarium für die Analyse liefern feministische und genderbezogene Ansätze aus dem Bereich der Politikwissenschaften sowie der Friedens- und Konfliktforschung zum Thema Krieg und Frieden, weshalb diese nachfolgend skizziert und im Hinblick auf ihren Nutzen für die vorliegende Untersuchung diskutiert werden. Ebenso gilt es zu klären, welche Rolle Medien in Zeiten von Krieg und gewaltförmigen Konflikten sowie im Hinblick auf die Konstruktion von Geschlecht zukommt (Kapitel I). In diesem Teil der Arbeit wird der Untersuchungsgegenstand im Kontext des aktuellen Forschungsstandes zum Thema »Krieg – Geschlecht – Medien« verortet und die Forschungsperspektive präzisiert.

In Kapitel II wird das methodische Vorgehen expliziert. Ich entnehme der Foucault'schen »Werkzeugkiste«¹⁷ die Konzepte »Diskurs« und »Macht« als die beiden wichtigsten Arbeitsgeräte. Im Anschluss an die theoretischen Weiterentwicklungen und Anwendungsbeispiele von Siegfried und Margarete Jäger, Jürgen Link, Reiner Keller und anderen schlage ich ein Vorgehen vor, mit dem die Geschlechterkonstruktionen im printmedialen Diskurs über Krieg und »Terror« untersucht werden sollen. Die Materialauswahl und -eingrenzung werden ebenso erläutert.

Der empirische Teil der Arbeit beginnt mit der Analyse von Verlauf und Struktur der jeweiligen Berichterstattung in *Spiegel* und *FAZ* (Kapitel III), an die sich die Analyse der Repräsentation der Akteure als Herzstück der Analyse anschließt (Kapitel IV).

Im Schlussteil der Arbeit (Kapitel V) werden die Ergebnisse zusammengeführt und die Analyse der Akteursdarstellungen in der Zusammenschau betrachtet. Ich beantworte die Frage nach Bedeutung und Funktion von Geschlechterbildern in der Medienberichterstattung über 9/11 und den »Krieg gegen den Terror«, wobei ich auf Traditionen und Brüche der rekonstruierten Bilder eingehe. Sodann werden die Ergebnisse im Kontext der aktuellen politischen Entwicklungen seit dem 11. September verortet und Anschlussstellen für weitere Forschungsvorhaben aufgezeigt.

17 | Foucault selbst regte dazu an, seine Bücher als »kleine Werkzeugkisten« zu benutzen und sich daraus nach eigenem Ermessen zu bedienen, womit er einer dogmatischen Festlegung auf ein konsistentes, geschlossenes Theoriegebäude entgegen wollte (vgl. Foucault 1976: 53).